

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Energieeffizienz

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In meinem gemeinsamen Antrag von ÖVP und Grünen geht es um die Energieeffizienz. Dieses Energiethema beschäftigt uns jetzt insbesondere durch die Gaskrise ganz besonders, und ich darf hier also den Motivenbericht vortragen. Die Gaskrise, steigende Ölpreise und die wachsende Belastung der Bevölkerung durch die Treibhausgasemissionen verlangen auf allen politischen Ebenen ein schnelles Umdenken.

Es reden alle immer sehr schnell von einer Krise, dabei entspricht es einem Lebensgesetz: Wenn sich eine Tür vor uns schließt, öffnet sich eine andere. Die Tragik ist jedoch, dass man auf die geschlossene Tür blickt und die geöffnete hin und wieder nicht beachtet. Die Menschen sind sensibilisiert und bereit umzudenken. Umwelt- und ressourcenschonend zu leben, ist plötzlich positiv besetzt. Diese Gelegenheit müssen wir gemeinsam nutzen und alle Möglichkeiten und alle Maßnahmen ergreifen, um auf saubere Energiequellen zu setzen und Wärme und Strom in Zukunft effizienter zu nutzen.

Graz, so denke ich, hat mit dem kommunalen Energiekonzept 2020 auf dieser Ebene ein deutliches Signal gesetzt, welche auf den vier Säulen aufbaut:

- Energieeffizienz bei Wohngebäuden, Haushalten und Betrieben
- Ausbau Fernwärme und Solarenergie
- Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden und Anlagen
- energieeffiziente Mobilität, alternative Treibstoffe und Antriebe

Gerade im Bereich der Energieeffizienz bei Wohngebäuden ist vielen Menschen absolut nicht bewusst, welches Einsparpotenzial in der Wärmedämmung oder der Dichtheit von Fenstern liegt. Durchschnittlich 50% Energieeinsparung und 50%

Reduktion von Schadstoffen bringt eine thermische Sanierung. Leider liegt in Österreich die thermische Sanierungsrate erst bei 1%.

Das soll sich in Zukunft ändern: Solange es die Wetterbedingungen zulassen, werden ab sofort in sechs exemplarisch ausgewählten Siedlungen aus verschiedenen Baujahrzehnten, das ist ganz besonders wichtig, heute schon angeschnitten, Thermoscreenings durchgeführt und fachliche Ersteinschätzungen erstellt. Ziel der Aktion ist es, die betroffenen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zu motivieren, im Anschluss daran beim Land Steiermark ein gefördertes thermografisches Gutachten durchführen zu lassen und schließlich das Gebäude nach den Vorschlägen der Expertinnen und Experten sanieren zu lassen.

Außerdem soll das Screening auch Anreiz für Eigentümerinnen und Eigentümer umliegender Gebäude mit ähnlicher Bausubstanz sein.

Um diesen Bereich deutlich effizienter zu gestalten, nämlich gerade diesen speziellen Bereich, richte ich im Namen der Fraktionen von ÖVP und Grüne folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Grazer Gemeinderat fordert die Steiermärkische Landesregierung, allen voran Landeshauptmann Mag. Franz Voves, im Petitionsweg auf:

- 1.) Aus den Gewinnen der ESTAG, der Bilanzgewinn betrug im Jahr 2007 immerhin 92,6 Millionen Euro, wird ein Anteil von 10% an zusätzlichen Mitteln für alternative Energiequellen und die wärmetechnische Sanierung von Häusern zur Verfügung gestellt.
- 2.) Der Anteil der steiermarkweit 6.000 sanierten Häuser soll um das Drei- bis Vierfache steigen. Dazu sollen die Mittel im Zuge der Wohnbauförderung für Thermosanierungsmaßnahmen entsprechend erhöht werden.
- 3) Bis zum kommenden Jahr soll das Fachpersonal für die Thermoscreenings aufgestockt werden. 10 bis 15 Personen sollen zusätzlich für den Einsatz der

Thermokameras und die Erstellung der diesbezüglichen Gutachten ausgebildet werden.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus ÖVP*).

## 2) Gemeinsames Grazer Energieprogramm

GR. **Herper** stellt namens von SPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir von der SPÖ wollen ein Angebot machen der ÖVP, grün-alternativen Koalitionsregierung, aber allen Fraktionen hier im Haus. Ein Angebot auf Zusammenarbeit bei der so wichtigen Energiefrage. Ich sage das deshalb, weil Kollege Georg Topf seinen Dringlichen vorgetragen hat, der Bürgermeister in seiner sehr interessanten Pressekonferenz am 31.12. zum Thema Energie Bezug genommen hat und auf Solarflächennutzung. In einer Pressekonferenz gestern die Frau Vizebürgermeisterin mit dem Bürgermeister wieder gemeinsam Miniwatt statt Megawatt als Motto vorgestellt hat und die Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner auch in einem sehr wichtigen Beitrag heute schon in einer Anfragestellung die Fragen aufgelistet, die uns alle gemeinsam hier im Haus, fraktionsgrenzenübergreifend, alle Grazerinnen und Grazer in Zeiten von Gasstreit, Lieferboykott, Ölpreispurzelbäumen, Frage von Sicherheit, Wohlstand, Stabilität, Arbeitsmarktwirtschaft, Arbeitsplatz im Besonderen beschäftigt, nämlich die Energiezukunft im Raum, im Großraum Graz und, Andrea, du hast ja schon angeführt, dass wir demnächst vor Entscheidungen stehen müssen und werden, wie das mit den geplanten kalorischen Kraftwerken im Großraum Graz steht, vor allem Mellach und Puchstraße und der notwendigen nutzbaren Abwärme und den geplanten Staustufen an der Mur nördlich und südlich der Landeshauptstadt. Wir haben, also Wolfgang Riedler hat ja vor Jahresfrist auch eine von der SPÖ detailliert und auf Umsetzung ausgerichtete Energieprogramm Klimaschutz Graz vorgestellt, das wir inzwischen mit Expertinnen und Experten weiter beraten haben und aktualisiert haben, das sich auch gründet, und deswegen

gibt es vielfach eine Deckungsgleichheit im forcierten Einsatz der Fernwärme in Graz, der Forcierung der Solarenergie, der Förderung von Biogasfahrzeugen und einem entsprechenden Tankstellennetz, der verstärkten Energieeffizienz.

Das was Nagl/Rücker, wenn ich so formlos sagen darf, Topf/Pavlovec-Meixner auch heute schon vorgetragen oder in Pressekonferenzen dargestellt haben, nämlich die wärmetechnische Sanierung der Gebäudehüllen, Energieausweise, thermographische Beurteilung der Bausubstanz etc. Warum wir diese gemeinsame Linie anbieten und appellieren an eine gemeinsame Erarbeitung eines solchen im Interesse der Landeshauptstadt Graz befindlichen Programms, das ja sozusagen schon avisiert ist als 2020 und auch entsprechender Beratungen und Vorbesprechungen im Umweltausschuss erfahren hat. Warum ich das sage ist, das Land Steiermark hat inzwischen auch Energieinitiativen gesetzt, so hat das Institut für Energieforschung und das Institut für Technologie- und Regionalpolitik des Joanneum Research einen Entwurf für ein mögliches solches Energieprogramm vorgelegt unter Beteiligung der steirischen Wirtschaftstreibenden. Nennt sich Impuls Styria, ist publiziert worden diese Woche in der Kleinen Zeitung, bedarf noch sozusagen der Endredaktion und der Endfassung. Die Sozialpartner, sprich die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, der ÖGB, die Landwirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung werden kommende Woche ihre Energiestrategie 2020 der Steiermark präsentieren der Öffentlichkeit. Es wäre als nur recht und billig, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, indem wir uns auch gemeinsam als Stadt Graz und nicht nur Partei oder Koalition oder wie auch immer oder fraktionell einbringen, sondern wenn geht als größtmögliche Einheit, größtmögliche Stärke auch gegenüber den Landesinteressen und gegenüber der Landesplattform, die im Februar erstmals das Licht der Öffentlichkeit erblicken soll. Ich sage das deshalb, weil die nächste Woche ihre Pressekonferenz zur Energiezukunft der Steiermark präsentieren wollen. Deswegen bieten wir an, dass wir gemeinsam dieses Energieprogramm Graz im Rahmen der Konzeption 2020 gestalten, jede Seite, jede fraktionelle, jede parteiliche, jede Expertenseite ihre Expertisen, Vorstellungen, Ideen, programmatischen Vorarbeiten einbringen kann. Mir ist es zu wenig, dass wir hier in dringlichen Anträgen, so wie meiner, auch oder in anderen dringlichen Anträgen oder in mündlichen Anfragen oder in Anträgen immer nur auf Parteisubstanz fahren, sondern wir sollten eine gemeinsame Schiene eröffnen als Graz gegenüber dem Land Steiermark und uns gemeinsam einbringen. Deswegen

schlage ich einen dringlichen Antrag vor, dass wir im Gemeindeumweltausschuss, der dazu die nötige Plattform bietet und die nötigen Voraussetzungen, erweitert durch den jeweiligen Kreis von Fachfrauen und Fachmännern, diese Koordinierungsarbeiten schleunigst übernehmen, um uns raschest zu einigen zu einem gemeinsamen Grazer Energieprogramm, das Parteigrenzen überschreitet und keine Fraktions- und Koalitionsaussage beinhaltet, sondern mehr ist, nämlich ein gemeinsames Grazer Programm und dass wir dieses Energieprogramm in der Sitzung bis 19. März zur Beratung und Beschlussfassung hier in den Gemeinderat einbringen sollen. Dann können wir auch entsprechend gestärkt und verstärkt in die künftigen Beratungen und Diskussionen mit dem Land eintreten und unsere Grazer Interessen, vor allem was nicht nur die wärmetechnischen Sanierungen von Gebäuden, sondern die Kraftwerkstandorte, die Abwärmenutzung, also entscheidende Fragen, die uns in Zukunft beschäftigen werden und von immenser Bedeutung sind für die Grazer Bevölkerung, gemeinsam vertreten. Zu diesem dringlichen Antrag habe ich mich hier einzusetzen und ich appelliere an alle Fraktionen, hier mitzugehen, damit wir diese gemeinsame Linie einhalten. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Eingangs zur Diskussion der dringlichen Anträge nur eine kurze Bemerkung. Wir haben uns, glaube ich, kurz vor Weihnachten alle Fraktionen darauf geeinigt, und das wurde auch, und das darf ich auch feststellen, bis auf eine Ausnahme eingehalten, dass wir es einmal probieren bei dieser Gemeinderatssitzung, nur zwei dringliche Anträge einzubringen. Wir haben uns daran gehalten, die Grünen, die KPÖ, die ÖVP auch, die FPÖ auch, leider nicht die Sozialdemokratie und ich frage daher schon, was ein ausgemachtes Wort, ein Handschlag gilt, wenn wir es erst wieder nicht tun, ich glaube, das war eine richtige Maßnahme auch im Vorfeld einer Geschäftsordnungsreform, das möchte ich auch deponiert wissen, weil wenn wir uns da nicht halten hätten brauchen, dann hätte ich es auch nicht getan und ich stehe zu meinem Wort und auch die anderen Fraktionen. Ich ersuche, dass auch in Zukunft, dass die Sozialdemokratie wieder zur Handschlagqualität zurückkehrt, was die Geschäftsordnung betrifft.

Aber nun zu beiden Anträgen, die jetzt zur Diskussion stehen. Beide Anträge werden von uns unterstützt, beide Anträge finden ihre Zustimmung, weil beide Anträge in unterschiedlicher Art und Weise ein Thema behandeln, nur, was ich kritisiere aus meiner Sicht, zu seicht. Dass Umwelt, Energie die Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist, wissen wir nicht erst seit einigen Wochen, seit der leidigen Diskussion von Gasprom Ukraine, Pipelines und Versorgungsnotstände in Österreich, in Europa, sondern dass Energie und Umwelt die Herausforderung schlechthin bedeutet, sollte uns gerade in Graz und ausschließlich in Graz in erster Linie bewusst sein, wenn wir daran denken, dass Graz seit Jahren die Feinstaubhochburg schlechthin ist. Und daher sagen wir auch, es gehört hier ein Maßnahmenpaket gegen die derzeitige Entwicklung am Energiesektor her, die alternativ dagegen steuert, denn im Gegensatz zu einigen Fraktionen des Grazer Gemeinderates, glaube ich eben nicht, dass der Straßenverkehr der Hauptträger des Feinstaubproblems in Graz ist. Und unterlegt ist das mit einer wunderschönen Grafik, die nicht von der Kronen Zeitung stammt, aber in der Kronen Zeitung veröffentlicht worden ist, keine Angst, Frau Vizebürgermeisterin, kein Leserbrief, sondern eine Grafik, woher denn der Feinstaub kommt und wir sehen, und daher ist es auch unser Ansatz, dass wir energiepolitisch etwas tun, dass für das Feinstaubchaos vor allem hier an der Hochburg zu 22 % die Haushalte, und in dem Fall die Heizformen der Haushalte verantwortlich sind und zu 36,8 % die Industrie. Daher habe ich es immer für unvernünftig gehalten, dass wir meinen, den Pkw-Straßenverkehr auf Biegen und Brechen bekämpfen zu müssen, der laut allen Gesundheitsexperten und Personen, die sich mit dem Feinstaub auseinandersetzen, in dieser Grafik sind das als 9,8 %, als Grund angegeben, wir wissen, es sind bis zu 15 %, aber ich gehe doch nicht die 15 % ständig bekämpfen und vergesse auf die 85 anderen Prozent, die Graz zu dem machen, was schlechthin als Stadt der Lungenkranken in Zukunft in die Geschichte eingehen wird. Und daher glauben wir, dass die Anträge zwar richtig sind, aber dass das Konzept dahinter fehlt. Und dass diese Anträge, wo man auch versucht, die Landesregierung in die Ziehung zu nehmen, gut und schön sind, aber wir in unserem eigenen Haus, im Haus Graz, gerade im Bereich Umwelt, Energie und damit auch in der Bekämpfung des Feinstaubes mehr tun müssen. Und da ist die Förderung der Solarenergie weit über dem hinaus, wie wir es bisher tun, Land/Stadt. Wir haben eine außergewöhnliche Situation mit den Daten des Feinstaubes, trotz der Beschränkung der 100er-Zonen, das verlangt auch außergewöhnliche Maßnahmen. Das verlangt

auch eine Verpflichtung der Industrie in Graz zum Einbau von stärkeren, besseren, auch teureren Filteranlagen und die nötige Förderung der öffentlichen Hand der Industrie und das bedeutet auch die Umrüstung der Heizungen und das Angebot, das wir den Haushalten machen. Daher stimmen wir in erster Linie beiden Anträgen zu, ersuchen aber auch die Stadtregierung, hier in Hinkunft statt einer Diskussion ständig über Zonen, ob sie blau oder grün sind, auch diesen Kampf für alternative Energien und gegen den Steinstaub aufzunehmen. Ich danke.

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Lisa, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, selbstverständlich, das Thema Energie ist dringlich, es wird von Tag zu Tag dringlicher und daher wird die grüne Gemeinderatsfraktion auch der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ zustimmen.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Grazer Gemeinderat! Das Thema Energie ist das Thema unserer Zeit, nicht nur heute, in den nächsten Woche, sondern der nächsten Jahre. Zu den zwei Anträgen im Speziellen: Wenn ich mir den Antrag von ÖVP und von den Grünen durchlese, muss ich sagen, na ja, an sich ein klassischer Antrag, ich schätze auch den Dipl.-Ing. Topf persönlich, aber ich muss sagen, viel Neues ist nicht drinnen. Wenn man den Antrag genauer nachliest, sieht man eigentlich, dass sämtliche Verantwortung im Grunde auf das Land rübergeschoben wird, es ist klar der Weg des Petitionsweges gewählt worden, der uns als FPÖ und anderen Fraktionen eigentlich immer vorgehalten wird, dass wir als Opposition Petitionen schreiben und außer, dass man Fachpersonal herumschickt und mit Wärmekameras und entsprechende Dokumente da macht, ist eigentlich wenig enthalten, was die Stadt Graz selber tut. Es ist daher das Minimalerfordernis erfüllt, aber viel mehr ist es nicht, ich frage mich auch, wem soll das Ganze nutzen. Dem Eigentümer eines Gebäudes, der seiner Wohnung, die er dort hat, vermietet hat, der wird mit Ausnahme einer Wohnbauförderung, die er vom Land Steiermark bekommt, wenig Interesse haben. Die Wohnbauförderung nimmt er natürlich dankend entgegen, aber die deckt ja nur

einen Teil der anfallenden Kosten ab, der Mieter selber, der da drinnen wohnt und wahrscheinlich nur einige Jahre womöglich in dieser Bleibe beheimatet ist, der wird schon gar kein Interesse haben an dieser Maßnahme, weil auf den wird mehr oder minder der Mehraufwand der Investitionskosten überwältigt, der muss die Zeche zahlen dieser Maßnahmen, es ist nicht viel an Substanz drinnen. Hingegen glauben wir, dass grundsätzlich der Ansatz der SPÖ-Fraktion, der gewählt worden ist, wirklich nicht nur Graz anzusehen, sondern bereichsübergreifend zu denken, regionalübergreifend zu denken und hier an einem steiermarkweiten Konzept zu arbeiten, der richtige ist. Wir dürfen nicht in diese Schrebergartenmentalität verfallen, dass wir sagen, wir sind Graz und alle anderen interessieren uns nicht, daher werden wir dem dringlichen Antrag der SPÖ zustimmen, dringlich und in den Ausführungen, dem Antrag der ÖVP und der Grünen werden wir aus den nicht übersteigenden minimalen Erfordernissen diesmal unsere Zustimmung nicht geben. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit des ÖVP-Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Herper** zum Antrag: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich jetzt nicht auf die inhaltliche Debatte einlassen, aber ich möchte, weil ich gesagt habe, die ausgestreckte Hand der Sozialdemokratie. Wir werden dem schwarz-grünen Antrag dringlich die Zustimmung geben aus sachlichen Erwägungen, um Hürden zu überwinden und Möglichkeiten der gemeinsamen Schaffung von Plattformen und Programmen zu ermöglichen. Natürlich würden wir uns wünschen, dass auch im schwarz/grünen Antrag eine Eigenverantwortung im Sinne der schon angemeldeten Wortmeldungen Mariacher und Grosz, die Eigenverantwortung der Stadt Graz stärker verankert wäre, würde wir uns natürlich wünschen. Natürlich wäre es in der konkreten Antragstellung festzuhalten, es ist ja nicht nur der Landeshauptmann Voves als Eigentümerversprecher gemeint, natürlich

muss für die Verwendung der Mittel der Finanzreferent Buchmann angesprochen sein. Natürlich muss für die Wohnbausanierung, Wohnbauförderung der Landesrat Seitinger angesprochen sein, natürlich muss für den Landesenergieplan der Landesrat Wegscheider angesprochen sein, ich halte das nur zur Sicherheit und zur Objektivität fest. Wir werden aber dem schwarz/grünen dringlichen Antrag aus sachlichen Erwägungen, und weil wir das Gemeinsame voranstellen, die Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Lisa, liebe StadträtInnen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das nochmals unterstreichen den gemeinsamen Antrag von ÖVP und Grünen, denn die Einsparpotentiale bei thermischer Sanierung sind riesig und die Beschäftigungseffekte ebenso und es werden tausende Arbeitsplätze geschaffen. Das Konjunkturpaket der österreichischen Bundesregierung sieht bei der thermischen Sanierung leider, muss ich sagen, nur 100 Millionen Euro vor, eine verschwindend geringe Summe, denn laut ExpertInnen wären mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr notwendig, um sinnvoll zu sanieren. Daher müssen wir auf Landes- und Kommunalebene zusätzliche Anreize schaffen, damit wir die thermische Sanierungsrate drastisch erhöhen. Nun zum dringenden Antrag Energieprogramm der SPÖ. Ich habe es heute schon einmal gesagt, bereits im September 2008 wurde auf Initiative der Grünen gemeinsam mit der ÖVP vom Grazer Gemeinderat ein dringlicher Antrag beschlossen, mit dem vom Land ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz mit Schwerpunktsetzung in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien gefordert wird. Selbstverständlich sind auch die geplanten Großkraftwerke Gegenstand eines solchen Energiekonzeptes. Du, Herr Klubobmann Herper, hast diesem dringlichen Antrag mit deiner Fraktion damals aus mir bis heute nicht nachvollziehbaren Gründen nicht zugestimmt. Der steirische Landtag beschloss weiters auf Antrag der Grünen am 18. November 2008 und hier einstimmig, das heißt, auch mit den Stimmen der SPÖ, dass ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz zu erstellen ist. Bis dato, und ich habe mit den zuständigen Personen beim Land Steiermark gesprochen, wurden trotz der eindeutigen Beschlusslage vom zuständigen SPÖ-Ressort allerdings keine Schritte in Richtung Erarbeitung eines regionalen

Energiekonzeptes im Großraum Graz gesetzt. Umso erstaunlicher finde ich es nun, dass deine Parteikollegen auf Landesebene zur Mitgestaltung eines Energieprogramms einladen, zu dessen Erarbeitung Sie bereits seit Monaten verpflichtet gewesen wären. Daher ersuche ich dich dringlichst, dich bei deinen Parteikolleginnen und -kollegen dafür einzusetzen, dass die Arbeit am regionalen Energiekonzept für den Großraum Graz aufgenommen wird. In der Gemeinderatssitzung im November 2008 wurde weiters das sehr ambitionierte Aktionsprogramm kommunales Energiekonzept mit den vier Säulen, wie sie auch Gemeinderat Topf schon erwähnt hat, nämlich Energieeffizienz, Ausbau Fernwärme und Solarenergie, Energieeffizienz bei städtischen Anlagen und Gebäuden und energieeffiziente Mobilität beschlossen. An der Erarbeitung des Kommunalen Energiekonzeptes, kurz KEK 2020, wird in vier Aktionsteams auf Hochdruck gearbeitet. Der Gemeindeumweltausschuss wurde und wird laufend informiert und eingebunden. Daher ist dein dringlicher Antrag, dass der Gemeindeumweltausschuss der Stadt Graz eine Koordinierungsarbeit zu einem Grazer Energieprogramm übernehmen solle, redundant und die grüne Gemeinderatsfraktion wird dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

StRin. **Kahr:** Die KPÖ-Fraktion wird dem Inhalt beider dringlicher Anträge zustimmen. Ich möchte nur ein paar Anmerkungen machen noch dazu. Es sind da sehr ausführlichst und breit in beiden Anträgen Bereiche angesprochen, die durchaus wichtig sind. Es wird oft vergessen, dass eigentlich es ein Amt gibt in der Stadt Graz, das städtische Wohnungsamt, das gerade die Punkte, die hier angesprochen werden in diesem Inhalt, in vorbildlichster Weise eigentlich seit zehn Jahren Jahr für Jahr eigentlich umsetzt, nämlich auf der einen Seite die umfassenden Sanierungen, die thermischen Sanierungen und Jahr für Jahr aus eigener Kraft auch Mittel aufwendet für den Einbau von Zentralheizungskörpern, also die Umstellung von Kohle-/Holzöfen auf Fernwärme oder Gasetagenheizungen. Das ist keine geringe Leistung, wir möchten diesen Weg auch weiter fortsetzen, das sage ich auch hier dazu und ich erwähne es deshalb, wir haben zwar die schriftliche Unterstützung hier und auch die Unterstützung verbaler Art von allen anderen Parteien, aber ich sage auch eines dazu, die 15-%-Sperre, die beschlossen wurde im Budget, trifft

unser Amt, das Wohnungsamt, ganz besonders im Bereich der Erhaltungsarbeiten. Das heißt, der Austausch von Fenstern oder Maßnahmen, die eben zur Energieeffizienz beitragen, außerhalb der umfassenden Sanierungen treffen ausschließlich diesen Bereich, das beträgt bei uns fast 300.000 Euro, das heißt, wenn wir diese Mittel nicht freibekommen, dann wird sich dieses Bemühen des städtischen Wohnungsamtes Jahr für Jahr problematisieren. Eigentlich genau das Ziel, was wir anstreben, erschweren. Einen Punkt möchte ich auch ansprechen, das trifft jetzt weniger die Stadt Graz sondern vor allem das Land, das was der Gemeinderat Mariacher angesprochen hat, dass man aufpassen muss oder zumindest immer das Auge darauf haben muss, was die Fördermittel vom Land Steiermark betrifft für die umfassenden Sanierungen, dass die in jener Höhe auch ausgeschüttet werden, dass die Mieten nach dem Sanieren für unsere Mieter und Mieterinnen, ich spreche ja vor allem für die Gemeindewohnungen, nicht unerschwinglich werden. Jetzt kann man natürlich dazu sagen, durch die Wohnbeihilfe und zusätzlich durch unseren Mietenzuschuss, den wir im Wohnungsamt selbst auch leisten, muss niemand mehr ein Drittel seines Einkommens fürs Wohnen inklusive Heizung aufbringen, trotzdem kann es dann eigentlich nicht sein, dass durch die öffentliche Hand weit mehr als die Hälfte der Wohnungskosten die öffentliche Hand trägt, weil die Mieten schon so hoch sind, also Ziel muss immer sein, die Mieten so anzusetzen, dass geringstmöglicher Einsatz von öffentlichen Förderungen/Beihilfen da ist. Also den Aspekt möchte ich nur erwähnen, weil wir ganz konkret mit einem Wohnprojekt konfrontiert sind, das wir sanieren, wo durch die vier Euro pro Quadratmeter, die wir vom Land gefördert bekommen und nicht die Möglichkeit haben durchs eigene Budget hier etwas zuzuschießen, nach der Sanierung die Kosten zwar nicht unerschwinglich, aber doch wesentlich höher sind wie vorher (*Applaus KPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte ein paar Worte sagen, vor allem zu dieser Frage Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit Sanierung. Ich denke, genau das ist ja auch der Inhalt dieses Antrages von Schwarz und Grün, der nur einen kleinen Aspekt abbildet von dem, was eben, wie die Frau Kollegin Pavlovec-Meixner ja erwähnt hat, im Rahmen des Kommunalen Energiekonzeptes sukzessive und systematisch übergreifend erarbeitet wird. Der kleine Aspekt ist, wie kommen wir dorthin, dass, wenn Leute einen Anreiz erhalten zu sanieren, dass sie dann auch die entsprechenden Förderungen erhalten und dass die Mieten, die momentan gerade in der Wohnbauförderung viel zu massiv für den Neubau ausgegeben werden und nur in sehr geringem Ausmaß für die Sanierung, im Verhältnis mehr als bisher gesteigert werden können. Die 15a-Vereinbarung, die gerade im Gespräch ist, würde das noch forcieren und es geht uns eben darum, dass Gewinne, die bei der ESTAG gemacht werden nicht nur in Investitionsprogramme für Kraftwerke, die vielleicht sogar überdimensioniert sind, fließen, sondern ganz bewusst ein Teil davon herangezogen wird, um in die Energieeffizienz zu investieren. Weil wir davon ausgehen müssen, dass bei all diesen schönen Zielen 20 % minus und all diesen Klimaschutzziele keine Erreichbarkeit in Sicht ist, wenn nicht ganz massiv im Bereich Energieeffizienz angesetzt wird, weil parallel zu dem, dass sich weitere Entwicklungen abzeichnen, dass eben ein steigender Verbrauch da ist, müssen wir in anderen Bereichen massiv einsparen und zum Einsparen kann dazugesagt werden, dass hier eine ganz wesentliche soziale Frage dahinter die ist, wie Betriebskosten auf Dauer gesenkt beziehungsweise stabil gehalten werden können, wenn thermisch saniert wird, weil damit einfach die Kosten, die neben der Miete anfallen, in einem überschaubaren Maße bleiben und das ist deswegen auch eine sozialpolitische Frage und nicht nur eine energiepolitische und da treffen wir uns, denke ich, dass das ganz wichtig ist, wie stabil entwickeln sich die Kosten für die Mieter und Mieterinnen in beiden Bereichen. Da geht es um die Mieten, aber eben auch um die Betriebskosten, und dieser Ansatz ist ein ganz wichtiger in diesem Zusammenhang. Danke.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.***

StRin. **Kahr:** Eine Anmerkung, da hast du Recht, natürlich kann man die Betriebskosten dadurch senken, wenn aber auch nicht gleichzeitig auf kommunaler Ebene es zu Erhöhungen bei den Betriebskosten wieder kommt, weil sonst kompliziere ich das, also das heißt, es müsste einhergehen, dass man gerade bei einer bestimmten Einkommensgruppe es auf keinen Fall zu einer Tarif- und Gebührenerhöhung in diesen Bereichen kommt, weil dann hat man keine Ersparnis, das wollte ich nur sagen.

GR. Dipl.-Ing. **Topf:** Ich möchte ganz kurz replizieren. Kollege Mariacher, was Sie hier zu unserem gemeinsamen Antrag Grün und ÖVP gesagt haben. Es ist so, dass wir ganz bewusst aus dem großen Kommunalen Energiekonzept 2020, das ja sehr umfangreich gestaltet wurde, wo Sie ja auch im Umweltausschuss entsprechend vertretend mitgewirkt haben, ganz bewusst einen kleinen Teil herausgearbeitet haben, nämlich in der Form, was können wir hier in der Gebäudesanierung durch Thermographie erreichen. Das ist eine ganz konkrete Einzelmaßnahme, wenn Sie so wollen, da gebe ich Ihnen durchaus Recht, wo wir eine Blickrichtung hinwerfen wollen, weil es jetzt auch entsprechende, und vielleicht haben Sie sich schon informiert, entsprechende Angebote seitens der Grazer Energie Agentur mit dem Land Steiermark schon gibt, das heißt, wir wollen bewusst in diese Richtung heute den dringlichen Antrag abzielen. Selbstverständlich ist das Paket Energieeffizienz größer und wenn man es nachlesen will, steht das im Grazer Energiekonzept 2020 im Detail drinnen, heute war der Antrag bewusst auf die thermische Sanierung ausgerichtet.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.***

***Der Inhalt des ÖVP-Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.***

*Der Inhalt des SPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

### **3) Lehrstelleninitiative im öffentlichen Dienst**

GR. **Kolar** stellt namens von SPÖ, ÖVP, Grüne, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf den Motivenbericht ein bisschen kürzen, da ich ja heute erstmalig diese angenehme Aufgabe habe, hier einen gemeinsamen dringlichen Antrag von allen hier im Haus vertretenen politischen Parteien vorzutragen. Ich bin sehr froh und dankbar, dass es diesmal gelungen ist, hier wirklich in allen Klubs diese dramatische Situation, die sich in dem Lehrstellenbereich im heurigen Jahr entwickelt und was alle Experten grundsätzlich voraussagen bis hin zum Karl-Heinz Snobe vom AMS-Steiermark, dass es hier einen dramatischen Einbruch geben wird, dass diese Initiative, die von mir als Gewerkschaftsvorsitzender gestartet wurde, hier auch im Grazer Gemeinderat mitgetragen wird und letztendlich hier im Haus versucht werden soll, dementsprechende Möglichkeiten für die Lehrlingsausbildung im erweiterten Sinne zu schaffen. Man darf ja sagen, dass in den letzten Jahren hier im Haus die Lehrlingsausbildung ja funktioniert hat, aber logischerweise nicht in dem Ausmaß von der Quantität her, von der Qualität her darf man dem Haus sehr wohl ein positives Zeugnis ausstellen. Es ist bei den Lehrabschlussprüfungen letztendlich auch so, dass eine Vielzahl von den Lehrlingen, die hier im Haus ausgebildet werden, auch dies mit Auszeichnung machen. Das zeigt die Qualität auf. Ich darf auch den Punkt ansprechen, der natürlich bei so einer Maßnahme auch immer wieder in Diskussion gerät, was passiert denn mit den jungen Menschen, wenn sie ihre Ausbildungszeit abgeschlossen haben, wenn sie ihren Beruf erlernt haben, dann würden die natürlich auch alle gerne hier im öffentlichen Bereich und bei uns im Magistrat weiterarbeiten. Aber wie gesagt, es gelingt hier auch, und das sagen unsere Verantwortlichen, diese Damen und Herren, diese jungen Menschen auch am Arbeitsmarkt außerhalb des öffentlichen Dienstes

dementsprechend unterzubringen, weil sie eben eine hohe Qualifikation mitbringen. Ich darf auch noch einen Punkt hier mitansprechen, der mir persönlich auch wichtig ist, es gibt im Regierungsabkommen letztendlich auch die Übereinkunft, dass es zu einer Ausbildungsgarantie letztendlich gekommen ist. Diese Ausbildungsgarantie wird vorrangig für den privaten Bereich mit finanziellen Mitteln letztendlich mitunterstützt und getragen. Ich habe von meiner Seite her hier auch diesen beiden zuständigen Ministern für Soziales, dem Kollegen Hundsdorfer und auch dem Finanzminister, einen Brief geschrieben und auch versucht, hier den öffentlichen Bereich mitaufzunehmen.

In diesem Sinne geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, aber auch ganz besonders die, die hier in der Stadtregierung sitzen, weil davon wird es auch abhängig sein, wie weit es uns gelingt, hier von diesen 28 Lehrstellen aufzumachen, und ich glaube auch, dass wir uns hier gemeinschaftlich dazu entschließen müssen, dass das doch um einiges mehr wird, bis hin auch zu den Amtsleitern und zu den Verantwortlichen in den einzelnen Abteilungen und in den Bereichen, wo es darum geht, hier in unseren Gesellschaften und Eigenbetrieben etwas zu tun, die Signale, die mir letztendlich überbracht wurden, sind positive gewesen und wir haben gesagt, ich hoffe auch, dass das dazu dienen wird, dass wir spätestens im März hier im Gemeinderat dann eigentlich auch eine Entscheidung darüber treffen können, wo und wie viel wir tun können.

In diesem Sinne möchte ich meinen Motivenbericht mit dem Antragstext letztendlich abschließen. In diesem Sinne diesen gemeinsamen

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

der SPÖ, ÖVP, GRÜNE, KPÖ, FPÖ und BZÖ:

1. Die Vorstände sämtlicher Magistratsabteilungen, die GeschäftsführerInnen der Eigenbetriebe, der stadt eigenen Gesellschaften und Tochterunternehmen mögen umgehend aufgefordert werden, für ihre Verantwortungsbereiche in Frage kommende Lehrplätze/Ausbildungsplätze zu erheben und der Magistratsdirektion bekannt zu geben.

2. Stadtsenat und Gemeinderat ist bis spätestens Mitte März ein Bericht über das Ergebnis dieser Erhebungen und die daraus resultierenden Möglichkeiten als Basis für die weitergehenden Beratungen beziehungsweise Beschlussfassungen vorzulegen.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und ersuche höflichst um Annahme (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Da es ein dringlicher Antrag aller Fraktionen ist, gibt es auch über die Dringlichkeit keine Wortmeldung und kein Abstimmen.

GR. **Pogner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation ist wirklich so, wie es der Willi beschrieben hat, es ist notwendig, dass wir in der Stadt wieder Lehrlinge ausbilden. Ich finde das eine gute Initiative und nachdem alle mit von der Partie sind so mehr oder weniger, kann man sagen, das wird eine gemeinsame feine Sache. Es gibt nur einen einzigen Punkt, den ich da hier anmerken möchte, wo ich ein bisschen kritischer dem Ganzen gegenüberstehe, das ist, wenn man die Lehrsituation bei uns in der Stadt im Verwaltungsbereich anschaut. Wir sind am Verwaltungssektor mit der Ausbildung, würde ich sagen, noch etwas hinten nach. Wenn wir da uns anstrengen und sagen, wir wollen auch im Verwaltungsbereich Lehrlinge ausbilden, dann müssen wir aber auch ganz klare Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass unsere Lehrlinge, die dann hier ausgebildet werden, auch dementsprechend Erfahrung mitbringen und Wissen mitbringen, das sie auch jederzeit in der Privatwirtschaft durchkommen könnten. Denn nach meinem Dafürhalten ist das derzeit, was die Verwaltung betrifft, nicht der Fall. In der Verwaltung sind wir noch nicht gut genug aufgestellt, um Lehrlinge so gut ausbilden zu können, dass sie dann am freien Markt Fuß fassen können. Sehr wohl sind wir hervorragend aufgestellt, was die Lehrsituation im handwerklichen Bereich anbelangt. Im handwerklichen Bereich, da stimme ich dir vollkommen zu, da sind unsere Lehrlinge jederzeit mit Privatfirmen vergleichbar. Die sind diejenigen, die auch immer wieder gerne von Privatfirmen übernommen werden. Hier ist die Ausbildung wirklich eine ganz besonders gute und ich bitte darum, wenn

wir also darüber nachdenken, auch Lehrlinge im Verwaltungsbereich neu wieder zu integrieren, dass wir auch hier die Rahmenbedingungen, damit sie auch im Verwaltungsbereich eine hervorragende Ausbildung haben, dazu auch noch schaffen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich möchte mich auch recht herzlich beim Antragsteller bedanken für diese sehr, sehr wichtige Initiative. Ich denke, wir beschließen das heute vor dem Hintergrund, dass allein in Graz zirka 2000 Jugendliche arbeitslos sind und sehr viele davon eben auch auf Lehrstellensuche sich befinden und ich denke, dass es hier ganz klar sein muss, dass die öffentliche Hand, vor allem eben die Städte und Gemeinden, eine sehr hohe Verantwortung diesbezüglich tragen, nämlich für die Ausbildung der jungen Menschen auch aufzukommen. Einerseits natürlich durch politische Maßnahmen in Zusammenarbeit beispielsweise mit AMS oder auch dem Bund, aber andererseits auch durch das Angebot und die Gestaltung der Ausbildung eben im eigenen Wirkungsbereich, und genau um das geht es. Und man kann ja durchaus sagen, und ich weiß nicht, inwieweit das, oder es hängt natürlich auch mit der Wirtschaftskrise und der Finanzkrise zusammen, ist die private Wirtschaft anscheinend momentan eben nicht wie wir uns das alle wünschen würden, in der Lage, ausreichend Lehrplätze auch anzubieten und da ist die öffentliche Hand umso mehr gefordert, selbst die nötige Organisation, Finanzierung und Qualität der Ausbildung von jungen Menschen eben zu sichern. Vor allem in den angesprochenen handwerklichen Bereichen, aber auch in anderen zukunftsorientierten Berufen, wie beispielsweise im Kommunikationsbereich, Kommunikationstechnik, Webdesign schwebt mir da zum Beispiel vor, da kann man das Angebot der Lehrstellen mit Sicherheit erhöhen, aber auch natürlich, wie vorher vom Kollegen Pogner angesprochen, im Verwaltungsbereich, auch wenn man sich da noch gewisse Qualitätskriterien überlegen muss. Es erscheint aber auch zusätzlich notwendig, neben einer Erhöhung der Lehrplätze in den städtischen Werkstätten auch zusätzliche Lehrwerkstätten insgesamt zu schaffen, einzurichten. Es gibt da einige gute Beispiel in anderen Kommunen, wo man sich einiges anschauen kann, beispielsweise bei der Magistratsabteilung 48 in Wien, es ist wirklich sehr vorbildhaft, wie dort vorgegangen

wird. Was aber auch noch mit einzubeziehen, ist dass natürlich durch den anfallenden Mehraufwand für eine qualitativ gute Ausbildung in den Abteilungen, Dienststellen, aber auch ausgegliederten Unternehmen der Stadt es auch natürlich ein Mehr an Ausbildungspersonal bedarf und das ist natürlich zur Verfügung zu stellen und da muss es, um diese Qualität auch garantieren zu können, auch zu einer verpflichtenden Aus- und Weiterbildung der Ausbilder oder der Lehrlingsausbilder kommen. Was auch noch wichtig ist, ist den Jugendlichen oder den Lehrlingen dann in weiterer Folge auch eine berufliche Perspektive zu bieten, ich glaube, da ist es dann auch notwendig seitens der Stadt, die Lehrlinge in unbefristeten Dienstverhältnissen bei der Stadt zu beschäftigen und es sollte auch in weiterer Folge eine Behaltefrist natürlich geben von mindestens einem Jahr (*Applaus FPÖ*), ich denke, das ist etwas, was durchaus wichtig erscheint und zwar in allen Berufssparten. Wenn das nicht möglich sein sollte, die Lehrlinge im Magistrat oder im eigenen Wirkungsbereich zu behalten oder weiter zu beschäftigen, ist dann in weiterer Folge auch, ich denke, es notwendig, eine Kooperation mit beispielsweise dem AMS einzugehen oder anderen sozialen Vereinen, die im Bereich Jugend sich engagieren, um auch ein Programm zu entwickeln, die betroffenen jungen Menschen zu fördern und es ihnen ermöglicht, dann in weiterer Folge mit ihrer Ausbildung, die sie da genießen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ich hoffe, dass diese Überlegungen auch und diese Faktoren auch in den geforderten und beschlossenen Erhebungen berücksichtigt werden oder bei der Umsetzung dieser Initiative bedacht werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

#### **4) Konjunkturelles Maßnahmenpaket**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne mit meinem dringlichen Antrag die Handlungskompetenz der Stadt Graz infolge der Finanzkrise ansprechen, zumal ja die Folgen und Auswirkungen von der Finanzkrise jetzt auf die Realwirtschaft überschlagen und wir uns in einem konjunkturellen Abschwung befinden und der natürlich auch davon gezeichnet ist, und das sollte uns insbesondere zu denken geben, dass die Konsumbereitschaft mehr und mehr nachlässt.

Es herrscht europaweit die einstimmige oder die nahezu einstimmige Richtung, wir müssen etwas tun, es sind Forderungspakete zu schnüren und Umsetzungspakete, damit dem Abschwung entgegengesteuert wird. Man ist sich nicht so sicher, dass man mit Paketen auch gegensteuern kann, weil gegensteuern heißt eine Umkehr, sondern es geht auch vor allem zu bremsen, weil ohne ein diesbezügliches Handeln die Gefahr droht, dass der Abwärtstrend sich verstärkt mit noch weiteren negativen Auswirkungen

Die Konjunkturprognose ist Ihnen ja, glaube ich, weitergehend bekannt. Die Zahlen verschlechtern sich zunehmend, mit jeder neuen Prognose, die ans Tageslicht tritt, gibt es schlechtere Zahlen. Wir sind jetzt bei einem Wert, dass die Wirtschaftsleistung sinken wird, bei einem Wert von 1,2 %, das hat das WIFO prognostiziert, das heißt ein reales Abnehmen um 0,5 %. Das WIFO ist in der letzten Prognose sehr optimistisch, dass im Jahr 2010 wieder ein Aufschwung kommen wird. Ja, was ist denn auf politischer Ebene passiert? Alle sind einig, es muss etwas passieren, es muss etwas getan werden von europäischer Ebene abwärts, auf Bundesebene, Landesebene wurden Konjunkturpakete geschnürt, um eben Arbeitsplätze zu sichern, um den Standort zu erhalten. Ein wesentliches Paket, das in Österreich bereits geschnürt wurde, das ist das sogenannte Bankenpaket, und genau hier stehen wir vor dem Problem, dass das Bankenpaket bei den Kreditnehmern und Kreditnehmerinnen nicht ankommt. Also das heißt, dass die Banken sich jetzt auf eine andere Handlungsanleitung übergehen und viele, viele Sicherheiten verlangen, sodass die kleinen und mittleren Unternehmen kaum in der Lage sind, Kredite aufzunehmen, weil sie die Sicherheiten nicht bieten können. Viele davon sind auch schon in Graz davon betroffen.

Ja der Europäische Rat, ich habe es im Motivenbericht angeführt, hat ein Konjunkturpaket geschnürt auch vorwiegend, weil es schon ein Thema ist, die Energieeffizienzmaßnahmen angesprochen. Auch der Bund mit der Steuerreform und seinen beiden Konjunkturpaketen, das eine ist ein wesentliches, dass die Unternehmen anspricht durch Kredite, Mikrokredite und Haftungen, aber andererseits natürlich durch die Investitionen in der Bundesimmobiliengesellschaft im Ausmaß von 875 Millionen.

Ein schönes Paket hat es auch auf Landesebene gegeben, das ist alles im Dezember vorigen Jahres passiert, werte Kolleginnen und Kollegen, wo doch klar war, dass die Verschlechterungen eintreten werden und auf Landesebene hat man gesagt, gut, wir müssen verstärken, wir müssen vorziehen, wir müssen unsere eigenen Maßnahmen, unsere eigenen Ressorts noch einmal durchforsten, wo sind Möglichkeiten und wo finden wir investive Mittel, die wir flüssig machen können.

In diesem Sinne ist es ganz klar und dass es sehr schlüssig ist, dass Gebietskörperschaften jeweils darüber nachdenken, was sie in ihrem eigenen Bereich machen können, das ist schon gut, aber natürlich die Auswirkungen sind vor Ort spürbar, in den Städten, in den Gemeinden, und hier komme ich auf die Stadt Graz. Es ist hier spürbar gewesen, dass die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigungsziffern im Oktober vorigen Jahres sich zum Schlechteren gewandt haben, dabei sind noch nicht einmal die Personen hier mitberücksichtigt, die in den Arbeitslosenzahlen die Kurzarbeit leisten, aber insbesondere davon betroffen sind, die Personen, die Leiharbeitsverträge hatten. Die Unternehmen, denke ich, sind Ihnen auch zu gut aus Zeitungsberichten bekannt, vielleicht auch die Zahlen. Somit gilt es, eben vor Ort den Menschen hier zu helfen und ich halte es für eine notwendige Herausforderung, dass die Stadt Graz in ihrem eigenen Bereich noch einmal nachschaut, was kann getan werden und es soll auch ein klares Signal sein an die Menschen in der Stadt, an die arbeitenden Personen, ja wir tun etwas, ihr Arbeitsplatz steht in unserem Zentrum der Handlungen und wir wollen auf den Standort schauen. Ich schlage hier somit vor, den konjunkturellen Maßnahmenplan für die Stadt Graz zu erstellen, die Kriterien, die in diesem Maßnahmenplan, die aufgenommen werden sollen, sollen vor allem den Kriterien entsprechen, dass sie schnell zielgerichtet und befristet sind. Denn gerade das ist auch ein Handlungsanreiz, wenn es nur befristete Maßnahmen gibt, diese auch sofort

aufzunehmen. Ich darf jetzt nun den Protokoll und den Anforderungen entsprechend den Antrag wortident wiedergeben:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge den Bürgermeister beziehungsweise Wirtschaftsstadtrat und den Finanzstadtrat beauftragen, unter Berücksichtigung des Motivenberichtes einen konjunkturellen Maßnahmenplan für Graz dem Gemeinderat bis zur Aprilsitzung vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eigentlich noch nicht zu Wort gemeldet, sondern als nächster nach einem Dazwischenredner oder einem darauffolgenden Redner. Der dringliche Antrag liegt am Tisch, er ist dringlich, das wissen wir alle. Wir haben eine wirtschaftlich schwierige Situation, eine Situation, die begonnen hat mit einer Inflation, in eine Rezession schlittert und mit aller Voraussicht nach in einer Deflation uns dann das Größte noch bescheren wird. Dass die öffentliche Hand dagegen steuern wird müssen, sollte uns allen klar sein, nur gebe ich schon zu bedenken zum Antrag der Sozialdemokratie, jetzt bin ich nicht der Pflichtverteidiger des in dem Motivenbericht angesprochenen Bürgermeisters beziehungsweise Wirtschaftsstadtrates, und ich stehe auch nicht im Verdacht der Pflichtverteidiger zu sein...

*Zwischenruf GR. Eichberger: Anzeichen gibt es.*

GR. **Grosz:** Ich halte diesen Antrag angesichts der Tatsache, dass, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Bauer, ihr eigener Bundesparteivorsitzender Faymann ein Regierungsprogramm auf 367 Seiten entworfen hat und der Republik Österreich, den Bürgern vorgelegt hat, eigentlich für doch sehr kühn, da in diesem Regierungsprogramm kein einziges Mal, und glauben Sie mir, es gibt in der EDV-unterstützten Datenverarbeitung Winword die Möglichkeit, zu suchen nach Wörtern in solchen umfassenden Dokumenten von 367 Seiten. Es gibt kein einziges Wort in diesem Regierungsprogramm, dass die Stützung oder die Stärkung des Wirtschaftsstandortes der Konjunktur der Steiermark oder Graz betreffen würde, kein einziges Projekt und zwar niente, es gibt 17 Projekte, die konjunkturbelebend in Wien vorgesehen sind, im Wasserkopf Wien, da wird alles geregelt, da steht sogar im Regierungsprogramm, wie in Zukunft die U-Bahn zu kehren ist, drinnen, in diesem Regierungsprogramm, aber das finde ich ja so schändlich, dass Sie jetzt einen Antrag hierher legen, wo Sie den Bürgermeister und den Wirtschaftsstadtrat auffordern, Konjunkturbelebungsmaßnahmen durchzuführen, wo wir genau wissen, wenn wir es in unserem eigenen Bereich, im städtischen Bereich, machen würden, es ein Tropfen auf dem berühmt berüchtigten heißen Stein ist. Wirtschaft und Konjunkturbelebungsmaßnahme, die alle betrifft, das können wir in Graz machen, die am 1.1.2009 durchgeführte Abgabenerhöhung von sechs Prozent umgehend zurücknehmen, dann können wir es machen, das ist städtischer Bereich, das wäre auch sinnvoll. Aber wir werden die Konjunktur, die Klein- und Mittelbetriebe, die Industrie, den Autocluster, die Steiermark nicht mit einem seichten Dringlichkeitsantrag, wo wir einen Bürgermeister auffordern, als Don Quichotte gegen Windmühlen und eine weltweite Wirtschaftsentwicklung zu reiten, das ist Populismus pur und wenn es von mir kommt, dann sollte das eine besondere Auszeichnung sein. Ich sage daher, wir sollten uns lieber darauf verständigen, dass wir hier als Gemeinderatsparteien, die durchaus vernetztes Denken zu den Parlamentsparteien haben, die Österreichische Volkspartei, die Sozialdemokratie, die den Bundeskanzler stellt, die Freiheitliche Partei, die Grünen und das BZÖ, dass wir alles daran setzen, gemeinsam mit Bund und Land die Tragödie dieser Situation rasch zu erkennen und Konjunkturpakete gerade für die Steiermark zu entwickeln, die auch bedeuten, dass wir zur Stärkung des Automobilclusters, der Zulieferbetriebe in der Steiermark alle unseren Netzwerke auch parteipolitisch nutzen, um das Unikum Normverbrauchsabgabe, das europaweite Unikum der NOVA endlich

abzuschaffen, das würde stärkend wirken. Ich bin der Meinung, dass es der Grazer Bauwirtschaft gut tun würde, wenn sich die steirische Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung dazu entschließt, und ich darf Sie auch daran erinnern, Frau Mag.a Bauer, dass der Landeshauptmann in der Steiermark ein Sozialdemokrat, ein Genosse von Ihnen ist, Voves, gemeinsam durchringen könnte, mit dem Bundeskanzler und Verkehrsministerin Bures von den 5.000 Kilometern steirisches Straßennetz die 2.500 sanierungsbedürftigen Straßen vorzuziehen und sie jetzt in den Jahren 2009 und 2010 zur Stärkung der Wirtschaft, der Bauwirtschaft in diesem Land heranzuziehen. Ich bin auch der Meinung, dass Ihr Soziallandesrat Flecker gemeinsam mit dem Sozialminister Hundstorfer sich auch dazu entschließen könnte vor dem Ablauf des Gesetzes, Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes in Form einer Konjunkturbelebungsmaßnahme und in Form eines Aktes der Gerechtigkeit im Gesetz, Bundesbehindertengleichstellungsgesetz, sofort und umgehend in den Jahren 2009 und 2010 alle Gebäude der öffentlichen Hand, Schulen, Heime etc. Universitäten barrierefrei endlich auszugestalten, auch das wäre eine konjunkturbelebende Maßnahme in der Steiermark. Gerade an einem Standort wie Graz, der eine Heerschar an öffentlichen Gebäuden hätte. Daher bei aller Ehre für das Schreiben von Anträgen, ich habe Ihrem Klubobmann empfohlen, diesen Antrag zurückzuziehen aus zweierlei Gründen: 1.) weil wir vereinbart haben, nur zwei Anträge pro Fraktion einzubringen und 2) weil ich nicht wollte, dass Sie sich mit diesem Antrag blamieren. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, na, warum auch? Ich sage, für ein wenig Zynismus und Populismus bin ich immer zu haben, für zugespitzte Formulierungen auch, aber für das Spiel mit der heißen Kartoffel, die man anderen noch ins Gesicht werfen will, die grosso modo hier die Konjunktursituation der Steiermark nicht retten können, sind wir uns zu schade und ich würde mich freuen, wenn Sie in Zukunft einen Antrag, oder vielleicht können Sie ihn ja auch noch umformulieren, der Bundeskanzler wird aufgefordert, der Landeshauptmann mit dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister und die zuständigen Landesräten konjunkturbelebende Maßnahmen in der Steiermark zu machen. Ich danke.

GR. **Rajakovics** zur Geschäftsordnung: Ich muss es jetzt sagen, weil ich es vorher gerade beim vorigen Antrag dem Gerald auch persönlich gesagt habe, und ich würde bitten, dass wir uns alle auch daran halten: Zur Dringlichkeit heißt ja oder nein, der Antrag ist dringlich oder nicht, mit ein paar wenigen Sätzen erklärt. Aber wenn er uns jedes Mal zur Dringlichkeit dann bereits das gesamte Referat zum Antrag hält, dann brauchen wir über die Dringlichkeit nicht mehr abstimmen. Dann redet da hier jeder so lange er möchte zur Dringlichkeit. Bitte wir haben das eigentlich in der Geschäftsordnung so festgelegt und ich würde bitten, dass sich wirklich auch alle daran halten (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über diesen Antrag und ich wundere mich auch ein wenig darüber. Warum wundere ich mich darüber, und ich rede jetzt gleich zur Dringlichkeit. Dringlich wäre zum Beispiel, was im Text ein wenig erwähnt wird, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt zu forcieren. Hier gäbe es noch Handlungsbedarf, hier könnte man auch von dringlich reden. Der Antrag zielt aber nicht direkt auf die Zusammenarbeit ab, sondern eigentlich wird der Bürgermeister aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten. Das ist dringlich, aber das ist schon passiert, liebe Leute, vor zirka einem Monat hatten wir eine Budgetgemeinderatssitzung und dort sind diese Dinge erledigt worden, dort haben wir ein Konjunkturpaket mitbeschlossen, in meiner Budgetrede habe ich auch ausdrücklich darauf hingewiesen, um was es jetzt geht und dort hat die SP eigentlich nur über Schulden gejammert, über Ausgaben, die hier getätigt werden, die jetzt ein Monat später gefordert werden. Jetzt ist es nicht mehr dringlich, jetzt ist es zu spät, es ist bereits geschehen, wir arbeiten daran, die Maßnahmen, die die Stadt umsetzen kann, setzt sie um, wir wünschen uns natürlich mehr Zusammenarbeit mit dem Bund, dann könnten wir viel mehr umsetzen. Aber jetzt das zu fordern, was vor einem Monat abgelehnt wurde, was mit Schuldenpolitik und dergleichen bezeichnet wurde, das finde ich mutig, aber nicht dringlich (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Antragstellerin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich unterstützen wir diesen Antrag. Wenngleich er so etwas wie ein Nona-Antrag aus unserer Sicht ist. Wir plädieren auch im Land für eine Steiermarkholding selbstverständlich. Zwei Punkte möchten wir trotzdem noch ergänzen, obwohl die Krise ein Teil des Systems ist, vermischen wir die Verurteilung der Verursacher der Krise, die gehören zur Verantwortung gezogen und zweitens, da sei uns Deutschland und England ein Beispiel, wenn öffentliche Gelder investiert werden, dann muss auch der Einfluss der öffentlichen Hand steigen und dafür, dass das in Österreich kaum der Fall ist, trägt leider auch die SPÖ eine entscheidende Verantwortung. Wir wissen, und wir sind uns da, wir sind da nicht blauäugig, wir wissen, dass die SPÖ das neoliberale Spiel mitspielt, so wie sie in der alten Regierung mitgespielt hat, spielt sie es auch jetzt in der neuen. Wir werden nicht müde, das zu betonen, wir wissen, dass die SPÖ genauso auch für Auslagerungen und Privatisierungen zu haben sein wird. Eine kleine Ergänzung sei in einem Zusatzpunkt, den wir noch unterbringen möchten, möglich, das beste kommunale Krisenprogramm scheint uns ein kommunales Wohnbauprogramm zu sein. 500 Wohnungen wurden uns versprochen von der Regierungskoalition, davon sind wir weit entfernt, wir ersuchen, noch einen Zusatzantrag unterbringen zu können, den alle Fraktionen bekommen haben, er besteht aus einem einzigen Satz: „Dieser konjunkturelle Maßnahmenplan soll auch ein kommunales Wohnbauprogramm mit dem Schwerpunkt auf die Schaffung von Gemeindewohnungen enthalten.“ Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Rajakovics, ich muss wirklich sagen, von dir und von niemand anderen werden wir uns als Opposition, und so sehen wir uns, irgendeinen Maulkorb umhängen lassen, was wir hier am Rednerpult zu sagen haben oder nicht und da gilt das freie Wort. Dass wir uns natürlich da entsprechend zu Wort melden, und wenn wir meinen, es diene der Dringlichkeit, dann werden wir das sagen, ansonsten tun wir es eh nicht. Ich muss sagen, an sich ist gerade die Frage der Dringlichkeit bei diesem Thema eigentlich eine ganz klare Sache, für all jene, die die Tageszeitung aufschlagen, egal welche Zeitung das auch sein mag, die Tendenzen sind schwerwiegend nach unten gehend,

leider Gottes, Herr Bürgermeister, das ist kein Schlechtreden oder Miesmachen der wirtschaftlichen Situation. Wir reden in manchen Branchen nicht nur von zwei mageren Jahren, sondern bereits von fünf mageren Jahren, bis sich die Situation hoffentlich erholen wird, aber wir können es mit Sicherheit noch nicht sagen, es ist alles wie ein Lesen in einer Glaskuppel, um das zu mutmaßen. Der Antrag der SPÖ trifft also das Thema sehr richtig, die Frage ist, wie man damit umgeht und da haben wir durchaus als Freiheitliche eine sehr differenzierte Sichtweise. Wir möchten, und das denke ich, ist gerade im Budget nämlich nicht entsprechend so drinnen, wir möchten Konjunkturmaßen haben, die wirklich Beschäftigung bei uns sichern, das ist eine ganz wesentliche Sache und wir möchten die Wertschöpfungen in unserem Land, besonders in Graz und in der Region Steiermark stärken. Weil uns hilft es nichts, wenn wir irgendwelche Raketen für irgendein Spaß-Event einkaufen, weil es irgendeinem Ressort gerade passt, wenn 100 % der Wertschöpfung nach Asien, sprich nach China oder sonst irgendwohin, gehen. Davon haben wir nichts, davon wird maximal die Beschäftigung im Bereich der Distribution, des Vertriebes, erhöht, aber eigentlich 98 % der Wertschöpfung gehen außerhalb des Landes. Das sehen wir nicht als konjunkturelle Maßnahme. Wir können auch wirklich jetzt mit Ironie sagen, manches was im Budget drinnen ist, hat uns nicht im gebotenen Maß an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprochen und ich hätte daher ganz gerne bei diesem Antrag, wenn er so durchgeht, dass man ganz klare Ziele setzt, nämlich die Matrix darstellt, was dieses Konjunkturprogramm leisten sollte, es geht ja nicht nur um das Volumen, wie viele Millionen Euro sollten das denn sein, sondern es geht auch darum, welche Effekte sozusagen hier im wirtschaftlichen Bereich, im sozialen Bereich, es hängen Arbeitnehmer dran, es hängen Familien dran, es hängen Lehrlinge dran, hier dann zu bewerkstelligen sind. Denn eines muss uns auch klar sein, der Weg in die endlose Verschuldung, wir stehen bereits bei, Herr Stadtrat wird mich vielleicht jetzt dann korrigieren, bei rund 1,1 Milliarden Euro Verschuldung der Stadt Graz als Konzern sozusagen, wir werden nicht diesen Weg beschreiten einer endlosen Verschuldung auf Teufel komm raus, wenn wir keine entsprechende Wirkung sehen. Das war immer unsere freiheitliche Zielsetzung und das soll auch so bleiben. Wir haben gestern erlebt, wenn man die Medien beobachtet hat, dass sich die Ratings möglicherweise für Italien und Spanien verschlechtern werden, wo höhere Zinslasten auf die Länder zukommen könnten, wir möchten nicht, dass hier

die Stadt Graz auch noch höhere Zinsen zahlen muss, weil wir machen die Politik für die Bürger und nicht für die Banken. Danke.

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, sehr geehrte Antragstellerin! Ich möchte als Erstes, wenn ich zur Dringlichkeit Stellung nehme, eine Relation herstellen. Wir erinnern uns und Sie haben es völlig richtig angesprochen, ein 100-Milliarden-Bankenpaket, das, wie Sie völlig richtig festgestellt haben, nicht dort ankommt, wo es hingehört. Es wird von den Banken nicht dorthin weitergegeben, sondern zur Eigenkapitalstärkung verwendet, es wird nicht das Geld unter die Leute gebracht, der Herr ÖIAG-Aufsichtsratsmitglied, der Androsch, sagt heute, lese ich, man sollte eine bad Bank, so wie es die Deutschen jetzt tun, gründen, wo man also auslagert die faulen Kredite, die da aus dem Osten noch herkommen werden, um den Banken zu helfen. Warum sage ich das, das ist ein mehrstufiges Problem. Noch so viel Geld in die Hand zu nehmen, um dann zu sagen, na ja, das wird schon gehen, das halte ich nicht für den richtigen Weg und ich glaube, es ist auch nicht unsere Aufgabe. Wir sind in einer Stadt, wir haben ein Budget knapp unter einer Milliarde und wir haben im Dezember ein Budget beschlossen. Wir haben ein Budget beschlossen, das eine AOG hat, wo wir 400 Millionen Euro in die Hand nehmen bis 2015. Wo wir verpflichtet sind und wo wir daran arbeiten müssen, Dinge umzusetzen und wenn ich da an Eggenberg denke, wo wir dafür gekämpft haben als ÖVP, dass ein fertiges Projekt zur Umsetzung gelangt und wo wir den Mut gehabt haben zu sagen, wir kämpfen dafür, ein fertiges Projekt soweit zu beschließen, auch wenn das Land nicht an Bord war, wir nur mit Mühe diese Beschlussfassung mit Mehrheit zustande bringen konnten, wo wir gesagt haben, das ist ein fertiges Projekt, wo wir der örtlichen Bauwirtschaft, die schon angesprochen wird, wo wir der örtlichen Wirtschaft wirklich einen Impuls geben, wenn wir uns bemühen, solche Projekte, die fertig in der Schublade stehen, nicht am grünen Tisch aus politischen Gründen zurückzustellen. Thema Parkscheinautomaten heute, Kleinvieh macht Mist, fertige Themen, wo viel Arbeit und durchaus auch viel Überlegung dahintersteckt und wo die Wirtschaft unmittelbar was hat davon, die stehen in den Startlöchern bitte. Die ganze Baubranche hat das Problem, dass das Geld nicht fließt, die kleinen Unternehmen warten auf diese Aufträge. Das ist die Aufgabe einer Kommune, das ist die Aufgabe

einer Stadt, unsere Aufgabe als Gemeinderat, dafür zu sorgen und uns nicht mit den 100 Milliarden-Paketen auseinanderzusetzen. Wir wissen zwar, dass 70 % aller Investitionen im öffentlichen Bereich in den Städten passiert, da sind enorme Ziffern im Spiel, aber wir können auch mit jenen Ziffern, die uns zur Verfügung, mit jenen Dingen, die uns zur Verfügung stehen, einen starken Hebel ansetzen und mit diesen Instrumenten die Muskeln spielen lassen. Ich glaube, es sind solche Dinge wie die Beschleunigung der Behördenverfahren, wo wir einige Wochen hereinholen können in den Verfahren, wo wir die Baubranche und alles, was daran hängt, unterstützen können, schnell zur Umsetzung zu gelangen und diese Dinge sind auf Schiene. Verbesserungen sind immer möglich, ich bin schon ein bisschen verwundert darüber, dass man einerseits einem Budget, das sehr ausführlich sich mit einer AOG befasst und sehr mutig mit einer AOG befasst hat, dass man so ein Budget nicht mitbeschließt, dass man da dagegen stimmt und vier Wochen später dann mit so einem Antrag kommt, daher also nein zur Dringlichkeit von unserer Seite (*Applaus ÖVP*).

Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich bin etwas erstaunt, Herr Kollege Frölich, wenn ich Ihre Wortmeldung mir anhöre und eigentlich, wenn man die Tendenz der Ablehnung herausnimmt, dann sind das eigentlich schon Argumente, die für das Konjunkturpaket sprechen. Sie sagen, na gut, wir haben eine AOG, da sind Dinge drinnen, ja wenn wir das hernehmen würden und zusammenfassen, hätten wir schon eine Liste an Dingen, die wir vorziehen können, die wir nehmen könnten und genau um das geht es.

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Das tun wir doch.*

Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Also Ihre ablehnende Haltung heraus, dann wären wir schon sehr nahe aneinander. Auch Herr Wohlfahrt, auch Ihre Wortmeldung, Zusammenarbeit ist gut

und schön, auch das könnte Teil des Konjunkturpaketes sein, wenn es hier Mängel gibt, dann soll es aufgelistet werden und daran gearbeitet werden, dass es beseitigt wird, auch kein Problem, also auch hier sind wir, glaube ich, nicht so weit auseinander, wenn es nicht eine grundlegende ablehnende Tendenz in Ihrer Wortmeldung gegeben hätte. Herr Grosz, Herr Kollege, es ist schon schwer, ich glaube, Sie sind noch immer nicht im Gemeinderat angekommen, ich habe hier die Kompetenz der Kommune angesprochen, nicht die des Bundes, nicht die des Landes und nicht die einer anderen Zusammenarbeit, hier ist es schlicht und einfach um die Kompetenzen gegangen.

***Zwischenruf GR. Grosz: Dann nimmt das Telefon in die Hand und ruft den Faymann an.***

Mag.<sup>a</sup> **Bauer:** Warten Sie noch ein bisschen ab, Herr Kollege, ich werde auch das noch ausführen. Also in dem Sinne, die Wortmeldungen sind ja in die Tendenz gegangen, wir brauchen etwas, da war ja große Einigkeit, auch die Dringlichkeit hat sich durch eine Einigkeit dargestellt. Aber die Unterschiedlichkeiten, die sich hier stellen, sind einfach in dem, wie geht man heran, was macht man und vor allem, wie finanziert man das. Es ist schon verständlich, wir sind noch nie, und in dem Zeitraum, ich glaube auch nicht, dass eine Person hier herinnen ist, die sich an eine ganz, ganz große, und ich denke an die große konjunkturelle Depression, die es gegeben hat, sich erinnern kann, ich glaube wir stehen vor etwas, wo wir noch keine Handlungsanleitungen dazu haben und es ist auch nicht erstaunlich, dass man ein gewisses Ausmaß an Hilflosigkeit, an Unsicherheit auch in uns selbst drinnen tragen, das ist hier nicht ausgeschlossen. Aber es fehlt auch etwas, und da ist die Wissenschaft angesprochen, wir waren in den vergangenen Jahrzehnten getragen von einer Forschung, die monetaristisch-liberalistisch war und nicht interventionistisch ausgerichtet, Herr Kollege Wohlfahrt ist auf der Universität, er wird das sicher bestätigen können. Also hier haben wir eine Forschungslücke und deswegen sind wir wahrscheinlich auch verunsichert hinsichtlich der

Handlungsanleitung, aber mein Antrag war klar und deutlich, die Kompetenz der Stadt war angesprochen. Und es ist doch sehr schön, dass die KPÖ, also ich bin sehr dankbar, das aufgegriffen hat, der Wohnbau, das ist klar, eine kommunale Aufgabe, die in das Konjunkturpaket verstärkt einfließen kann. Es gibt natürlich auch die Zahlen, wenn Sie sie herannehmen, es drohen uns hier ein massiver Anstieg beispielsweise mit den Insolvenzen, die Prognose jüngst für Österreich ein Anstieg, also wenn ich die Zahlen zitieren darf, Insolvenz in Unternehmen, die Veränderung der Insolvenz bei Unternehmen 2008 war ein Prozent und von 2009 auf 2008 erwartet man einen Anstieg um 8 %. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das wird uns alle treffen, das was sich ich hier zeige, ist die gestern erschienene Prognose, Entschuldigung, nicht einmal das Faktum der Rückgang der Industrieproduktion. Die Industrieproduktion ist in Österreich im Monatsvergleich um minus 3,8 % zurückgegangen, das sind September-/Oktober-Zahlen, jüngere haben wir noch keine und selbst das ist das Neue, Herr Wohlfahrt, das wird Ihnen ja bekannt sein, und etwas auch, Herr Kollege Grosz. Herr Kollege Grosz, es gibt eine kommunale Ebene und die kommunale Ebene hat Handlungskompetenzen. Gestern kam eine Presseaussendung des Städtebundes, und der Städtebund hat hier ganz klar gesagt, dass die Städte die Infrastrukturinvestitionen auf kommunaler Ebene in Angriff nehmen müssen, denn sie sind der Konjunkturmotor, sie sind diejenigen, die den Konjunkturmotor wieder zum Laufen bringen können und nur so halten sie Nachfrage und nur so halten sie Arbeitsplätze und die Investitionen, die hier angesprochen sind, sind Schulen, Altersheime, Sportstätten, Sportanlagen, Spielwiesen, Kindertagesstätten, Straßen/Radwege, die vorgezogen und kurzfristig umgesetzt werden müssen und hier ist auch schon ein Finanzierungsplan dabei, Herr Bürgermeister und Herr Finanzstadtrat, auch das wäre nicht schlecht. Und bitte sehr, geehrte Kolleginnen und Kollegen, das was uns alle trifft, sind die Arbeitslosenzahlen und ich möchte Sie jetzt zum Schluss meiner Wortmeldung noch auf die Zahlen der Arbeitslosigkeit in Graz verweisen. Die Zahl der Arbeitslosen in Graz stieg vom November 2008, hier waren 11.683 Personen arbeitslos, zu Dezember 2008 mit 15.161, das heißt, 11.600 zu 15.100 als Veränderung binnen eines Monats und das ohne Kurzarbeit und wenn Sie jetzt sagen, gut, ein Monat zum anderen können wir nicht vergleichen, dann nehme ich jetzt einen Jahresvergleich. Vom Dezember 2007 zu Dezember 2008 ist die Arbeitslosigkeit um plus 11,6 % gestiegen, oder das ist ein Plus von 1.576 Personen. Ja, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind

Grazerinnen und Grazer, die definitiv vom Rückgang der Konjunktur betroffen sind, das sind Grazer Familien, die von dem Rückgang der Konjunktur betroffen sind und es wäre uns ganz gut angestanden, zusätzlich zum Budget so wie alle anderen Gebietskörperschaften auch ein Konjunkturprogramm zu erstellen (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.35 Uhr den Vorsitz.*

## **5) Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen**

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Die Stadtgemeinde Kapfenberg hat beschlossen, dass es eine Verpflichtung geben soll, das Sozialamt vorzuwarnen, bevor die Heizungen bei säumigen Zahlern in Gemeindewohnungen abgestellt werden.

Durch diese Vorgangsweise können, ähnlich wie bei der Wohnungssicherungsstelle, Möglichkeiten gefunden werden, um die ausstehenden Rechnungen zu begleichen und zu verhindern, dass die betreffenden Wohnungen weder mit Strom noch Heizung versorgt werden.

Diese Vorgangsweise wäre auch für Graz sehr wichtig. Es ist sogar anzunehmen, dass sich in Zeiten der Krise künftig die Fälle nicht bezahlter Strom- und Heizungsrechnungen häufen werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt für ein Frühwarnsystem bei Strom- und Heizungsabschaltungen in Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Eigenheimen ein. Die VertreterInnen der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Graz AG werden ersucht, diese Forderung in den zuständigen Organen der Graz AG und der Energie Graz einzubringen. Danke (*Applaus KPÖ*). Bei der Umsetzung dieses Frühwarnsystems müssen natürlich selbstverständlich alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt werden. Es geht darum zu verhindern, dass Familien im Dunkeln und in der Kälte sitzen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich sind wir Freiheitlichen für sozial schwache Familien, stehen wir ein. Aber dieser Antrag der KPÖ scheint uns nicht vernünftig, warum? Es gibt verschiedene private Stromanbieter und man kann diese oder beziehungsweise sie werden sich nicht in die Pflicht nehmen lassen. Und zweitens ist das so, wenn ein säumiger Zahler da ist, bekommt er eine Mahnung und bei der Energie Graz bekommt er bis zu drei Mahnungen. Bei den ersten zwei Mahnungen passiert noch überhaupt nichts und bei der dritten Mahnung bekommt er dann das Datum dieser Stromabschaltung. Das heißt, dieser säumige Zahler hat genug Zeit, sich um Hilfe an jemanden zu wenden beziehungsweise an die öffentliche Hand zu wenden. Nur eine geringe Zahl der Zahler benötigt überhaupt eine Sozialhilfe, das haben so Recherchen von mir ergeben und wenn wer säumig ist, ist das aber noch nicht gesagt, dass er auch Anspruch auf die Sozialhilfe hat. Und fünftens, ist das ganz ein entscheidender Punkt von uns Freiheitlichen, man kann den Bürger nicht aus seiner Eigenverantwortung nehmen und ihn dadurch faktisch

fast unmündig machen. Staat und Politik dürfen nicht die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers übernehmen und deswegen werden wir Freiheitlichen dem Antrag der KPÖ in seiner Dringlichkeit und auch im Antrag ablehnen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GR. **Herper**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Die sozialdemokratische Fraktion stimmt zu.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Also gut, man muss doch zum Mikrofon gehen, damit es klar ist, ob man ja oder nein gesagt hat für alle. Also die Dringlichkeit, ich sehe dass nicht so ganz wie die Kollegin, ich glaube schon, dass es eine gewisse Verantwortung auch der Allgemeinheit gibt. Faktum ist so, dass es gerade bei jenen, die mit den Finanzen nicht so leicht auskommen und haushalten können, dass sie halt meist das Gas sich zuerst abschalten lassen, weil sie es halt nicht mehr zahlen können und dann mit Strom weiterheizen und bis der Strom halt auch nicht mehr bezahlt werden kann und dann droht diese Stromabschaltung, das sind oft sehr hohe Schulden. Also, dass man ganz ohne, ob das die Sozialhilfe ist oder ob es die Caritas ist oder die Volkshilfe oder wer immer, meistens muss man dann aushelfen in solchen Fällen und es wäre günstig, wenn nicht erst die Lehrerin durch einen Anruf beim Sozialamt oder beim Bürgermeisteramt oder sonst wo, jemanden veranlasst, tätig zu werden, dass das Kind in der Schule gesagt hat, dass die schon seit zwei Wochen ohne Strom und Heizung in ihrer Wohnung leben, das passiert und es passiert gar nicht so selten in Graz, wie man glaubt. Aber dennoch würde ich gerne

einen Zusatzantrag dazu stellen, weil ich den Antrag etwas zu kurz gegriffen finde, Kollegin Schloffer, der Zusatzantrag zum Dringlichen der KPÖ bezüglich Frühwarnsystems Strom/Gas: Dieses Frühwarnsystem soll in einem Arbeitskreis aus MitarbeiterInnen der Gaz AG, des Wohnungs- und Sozialamtes entwickelt werden. Das Frühwarnsystem sollte jedenfalls in der 2. Mahnung an den Betroffenen folgenden Satz beinhalten: „...wir werden von Ihrem Zahlungsrückstand den Magistrat benachrichtigen, sofern Sie sich nicht innerhalb einer Woche dagegen aussprechen.“ Und eine Maßnahme des Frühwarnsystems soll sein, dass das zuständige Sozialamt beim Gemeindewohnungsamt an die Betroffenen herantritt, um sie davon zu überzeugen, sowohl bei Strom als auch bei Gas eine Wertkartenanlage einbauen zu lassen. Dieses Wertkartensystem stellt sicher, dass die Betroffenen ein Gefühl für anfallende Strom- und Heizkosten bekommen und dass das notwendige Geld zur Begleichung der Kosten tatsächlich für diesen Zweck verwendet wird (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Liebe Kollegin Schloffer, werte Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, liebe Lisa als Vizebürgermeisterin! Zum Antrag an und für sich. Die Überschrift, das Frühwarnsystem bei drohenden Strom- und Heizungsabschaltungen in Mietwohnungen oder in Wohnungen und Häusern, das ist eine tolle Sache, ist eine Initiative, die wir durchaus unterstützen und dafür gibt es auch die Stimme der grünen Fraktion. Die Vorgangsweise, was dieses Frühwarnsystem beinhalten soll oder wo denn dieses Frühwarnsystem erarbeitet werden soll, fehlt natürlich in diesem Antrag. Ich bitte daher die Kollegen und Kolleginnen, es ist ja nicht das erste Mal, von der KPÖ, dass sie bitte ausführlichere Anträge stellen, damit wir nicht in den Klubs danach noch lange diskutieren müssen, Zusatzanträge formulieren müssen und eigentlich eurem so tollen sinnvollen Antrag erst diese Substanz geben, damit wir da zustimmen können. Vielleicht aber wichtige Informationen, die man vom Sozialamt beziehungsweise von der Caritas in der kurzen Zeit einholen könnte: In den Jahren 2005, 2006 und 2007 wurde ungefähr eine Anzahl von 356 bis 444 Haushalten von Stromrückständen betroffen, wo das Sozialamt tätig wurde. Ausgaben in der Höhe zwischen 85.000 und 90.000 Euro sind da angefallen. Wenn die Kollegin der freiheitlichen Partei meint, das ist alles den Bürgern/Bürgerinnen zu

überlassen, da möchte ich als Sozialarbeiter sagen, ja das stimmt schon, aber es gibt Menschen, denen manche Briefe, von wem sie auch immer kommen, in einer bestimmten Lebenssituation egal sind und diese Personen, die wir dann sozusagen als Sozialhilfeempfänger oder als Menschen bezeichnen, die außerordentliche Unterstützung von uns als Gesellschaft brauchen, für diese Personengruppe, das sind nicht 100.000e, sondern das sind ein paar Tausend Sozialhilfeempfänger/-empfängerinnen, oder Menschen die in einer prekären Notsituation sind, für die brauchen wir Unterstützung auch in Form eines Frühwarnsystems für Strom- und Heizungsabschaltung. Das Sozialamt hat mir eine Auskunft gegeben, dass es so etwas ja schon gibt, nicht in Form, dass die Energie Graz sich ans Sozialamt wendet, sondern dass ja der Schuldner, die Schuldnerin aufgefordert wird und dass sie bei der zweiten oder dritten Mahnung sich mit dem Sozialamt in Verbindung setzen kann und dann, wenn diese Kommunikation funktioniert, wurde gerade vor einem Monat erst beschlossen, dass es dann noch vier Werkstage möglich ist für den Schuldner, die Schuldnerin beziehungsweise für die Kolleginnen und Kollegen des Sozialamtes, da eine Lösung herbeizuführen. Von der Caritas bin ich noch informiert worden, dass neben dieser Abschaltung und dem Elend, das durch Kälte und Stromausfall entstanden ist, auch noch hohe Kosten für die Wiedereinschaltung entstehen, es sollte mitberücksichtigt werden und das sind ja wiederum Kosten, die in manchen Fällen wiederum die Stadt, das Sozialamt, zu zahlen hat. Also ein Frühwarnsystem ja, eine Erarbeitung dieses Frühwarnsystems von den zuständigen Stellen der Energie Graz in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt und dem Wohnungsamt, wäre unser Vorschlag. Ich bin auch mit dem Zusatzantrag des Kollegen Rajakovics nicht ganz einverstanden, es ist ursprünglich ein holpriger Antrag, auch der Zusatzantrag ist ein holpriger. Wir werden auch diesem Zusatzantrag aber zustimmen, weil die Intention die richtige ist. Nämlich das Ziel des Frühwarnsystems ist eine Verhinderung von Stromabschaltungen, zweitens eine Aufklärung, Beratung und Prävention, dass solche Situationen nicht mehr vorkommen und drittens, dass es rechtzeitig Interventionsmöglichkeiten nicht nur für das Sozialamt gibt, damit ein so ein Notstand nicht mehr vorhanden sein soll. Eine dieser Maßnahmen könnte, und da denke ich schon, dass das diese Wertkartenanlage ist, sie kann nicht die einzige Maßnahme sein, aber bei manchen Klienten und Klientinnen könnte das eine hilfreiche Unterstützung sein, damit die Stromkosten, die Schulden im Bereich des Strom und der Heizung nicht exorbitant steigen. Danke (*Applaus Grüne*).

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist interessant, was der Heinz zuletzt gesagt hat, wir haben eh schon zwischendurch gesprochen, das ist in Ordnung, also nächstes Mal, daran soll es nicht liegen, dass man nicht ein Problem ausführlichst beschreibt. Meine Fraktion, und das können jene, die uns längere Zeit beobachten, neigt in der Regel immer dazu, sich knapp zu halten, weil ich denke, in Wirklichkeit hätte gereicht nur die Überschrift und sonst gar nichts, weil ein jeder, der sich in der Sozialpolitik ein bisschen beschäftigt, weiß eigentlich, dass das eine Problematik ist, die im Anstiegen ist, und die Zahlen haben wir bewusst nicht hineingeschrieben, ich sage es jetzt auch noch einmal, auch aus Respekt gegenüber jenen Beschäftigten in der Energie Graz, die uns auch darum gebeten haben. Da sitzen nämlich Leute, die tatsächlich bemüht sind, den Menschen, die es trifft, eh zu helfen so gut es geht in ihrer eigenen Kompetenz. Da gibt es aber eine Konzernleitung, sage ich auch oben, die natürlich einen Druck ausübt zunehmend mehr. Die Anzahl der Stromabschaltungen gehen weit über die tausend und die werden noch höher, wenn sie genug Personal hätten und wenn man immer diesem Druck nachgegeben würde auf mittlerer Ebene, da gibt es Gott sei Dank Menschen, die dort sitzen, die sich sehr bemühen. Was ich anführen will, und das ist auch ein großer Trugschluss, also auch weil die Frau Gemeinderätin Benedik, wir reden da nicht nur von Sozialhilfeempfängern, ich kann, und das mache ich das nächste Mal wirklich, also um genau zu sein, die Stromabschaltungen betrifft Menschen, die berufstätig sind, das sind Einbrüche im Leben, wo sie nicht in der Lage sind, natürlich gibt es bei dieser Anzahl an Menschen auch welche, die Jahr für Jahr immer wieder dieselben Kunden sind, da macht es auch einen Sinn, diesen Wertkartenzähler hinzusetzen, weil die selber nie in der Lage sein werden, in Griff zu kriegen, die brauchen sozusagen mehr oder weniger das als Richtschnur, weil sie nicht recht gut mit dem Geld umgehen können, wenn man so sagen will. Aber ein großer Teil dieser Menschen, um die es auch geht, sind Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, Pensionisten und Pensionistinnen, die in eine Situation gekommen sind, wo sie nicht wissen, wie sie den Strom einzahlen, das vielleicht ein paar Monate schleifen lassen und, und das möchte ich jetzt schon sagen, die Energie Graz, und das ist ein wortwörtlicher Brief, den ich bekommen habe, weil es mich ja selber interessiert hat: Nach zehn Wochen wird der Strom abgeschaltet unabhängig wie hoch der Stromrückstand ist, das ist auch bei einem Rückstand, wenn es nur 300

Euro sind, also wir reden da nicht nur von hohen Beträgen, und das Mahnwesen ist zweimal schriftlich und aus, so schaut es aus.

***Zwischenruf unverständlich.***

StRin. **Kahr:** Nein, Sie können das lesen, ist wortwörtlich. Das mit dem Sozialamt, dass die SozialarbeiterInnen und auch das Sozialamt bemüht sind, brauchen wir gar nicht reden. Aber sie decken bei weitem nicht alles ab, was hier an Unterstützungsmöglichkeiten notwendig wäre, können sie auch nicht, weil viele, und jetzt sage ich es eben, und deshalb ist das auch so wichtig, weil viele, das ist noch immer eine Holschuld, bei Stromabschaltungen müssen die Leute erst zum Sozialamt hingehen, da ist keine Erinnerung da. Also insofern können sie bei weitem auch gar nicht alle erfassen. Unser Ziel ist, wir sagen nicht, dass das der Weisheit letzter Schluss in dem Antrag ist, ist einzig und allein nur nachzudenken und zu überprüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, hier rechtzeitig, so wie wir es am Wohnungsamt machen, dass wir nach spätestens nach dem zweiten Mietrückstand die Mieter und Mieterinnen anschreiben, zu uns zu kommen, damit wir über den Mietrückstand auch reden können und ihnen behilflich sind bei der Bewältigung, damit es eben nicht noch mehr wird und gar nicht ein krasser Fall eintritt. Und ich halte den Vorschlag vom Gemeinderat Rajakovics, so einen Arbeitskreis Sozialamt, Wohnungsamt, Energie Graz, VertreterInnen gut, mit Ausnahme dieses Prepaymentzählers, weil das macht die Energie Graz sowieso, wenn der Strom abgedreht ist, ist eine Möglichkeit, die zweite Möglichkeit ist, dass sie eine Kautions, so eine hohe, verlangen und man muss ja dazusagen, nicht nur die Wiedereinschaltung, sondern auch dieser Prepaymentzähler kostet 150 Euro, also das sind Mittel, die diese Leute nicht haben und ich rede gar nicht, und das ist ja das, was ich da als Entwürdigendste finde, dass die Menschen das nicht haben wollen, das ist entwürdigend und das würde ich wirklich nur in Ausnahmefällen machen. Aber ich würde Sie bitten, wirklich diesem Ansinnen nahezutreten, das heißt

überhaupt nicht, dass eine konkrete Vorgangsweise Sie damit beschließen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich mache es kurz, volle Unterstützung für diesen Antrag. Zum Kollegen Baumann halte ich es schon für eigenartig, dass ein Mitglied der Stadtregierung einem Oppositionsmitglied vorwirft, bei der Formulierung holprig zu sein, wobei ich der Regierung vorwerfe, dass sie auch selbst drauf hätte kommen sollen, das in ihren eigenen Bereich dem Gemeinderat vorzuschlagen, aber sei es drum und zum Zusatzantrag oder was auch immer des Gemeinderates Rajakovics, dem Zusatzantrag des Gemeinderates Rajakovics stimmen wir natürlich nicht zu und zwar aus dem einen Grund, weil ich die Formulierung darin auch mit Wertkarten, das eigentlich schon ein bisschen für menschenverachtenden Zynismus halte, also das kommt unterm Strich heraus, dass jene, die eh kein Geld mehr haben, die Wohnung zu beheizen und für Energie in ihrer Wohnung zu sorgen, quasi sich dann selbst aussuchen sollen, für was brauchen sie dann das Geld. Jene, denen die Heizung abgedreht wird, die haben meistens oder zu 99,9 % gar nichts mehr und die letzte Rechnung, die sie nicht mehr begleichen können, ist meistens die Stromrechnung, weil das Mahnwesen der Energieunternehmen ja ohnedies ein temporär breit gefächertes ist. Und jene Intervenienten, die wir bei uns im Büro haben, weit geringere Anzahl sicher als der KPÖ, die berichten uns meistens, wenn sie sagen, sie können sich Strom, Miete oder sonst etwas nicht mehr leisten, legen sie uns vorher bereits einen Pack von offenen Rechnungen vor, die auch nicht bezahlt worden sind und die weit dahinter, hinter dem Zeitpunkt liegen, wo der Strom abgeschaltet ist. Das heißt so nach dem Motto, man soll sich halt dann selber aussuchen, wo man mit den verbliebenen „Kröten“, volkstümlich gesagt, ob man sich die Heizung zahlt oder sonst was, ist eher menschenverachtend, bin ich eigentlich von dir nicht gewohnt. Danke.

StRin. **Edlinger:** Meine Fraktion wird, hat eh unser Klubobmann schon bei der Dringlichkeit gesagt, dem Antrag auch inhaltlich zustimmen. Wir haben einfach, und

das ist im Antragstext kurz angerissen, bei der Wohnungssicherungsstelle einfach sehr, sehr positive Erfahrungen auch mit all den Schritten, die dort initiiert wurden, um in eine Richtung Frühwarnsystem zu kommen, wenn es um Mietschulden geht, das hilft dem Betroffenen und hilft aber auch der öffentlichen Hand Kosten sparen. Es ist ja hier schon kurz skizziert worden, welche Kosten anlaufen, wenn, dann egal, ob aus öffentlichen Geldern oder aus Spendenmitteln der Caritas oder Vinzenzgemeinschaft oder Pfarrcaritas, wo auch immer, das sind ja meistens viele Töpfe, die dann auch noch hier in so einer konkreten Notlage zum Tragen kommen, aber Gelder, die eh für wichtige Situation da sein müssen, kann man sparen, wenn man sich diese Zusatzkosten vor allem nicht auflaufen lässt, sprich Wiedereinschaltungskosten und alles, was sonst noch in diesem Zusammenhang aufläuft, vor allem auch natürlich die Geschichte mit dem wiederum Kostenfaktor dieses Wertkartengerätes, die 150 Euro sind bereits gefallen. Und Tatsache ist auch, ich glaube auch, dass das Wertkartengerät auch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, weil ja, und das bestätigen ja auch die Schuldnerberatungsstellen und alle, die den Umgang immer wieder gehabt haben in Sprechstunden oder wo auch immer mit verschuldeten Personen, eine große Tendenz gibt es mit Kopf in den Sand stecken und da bringt mich halt das Wertkartensystem nicht viel weiter, außer, dass ich auch weiterhin im Dunkeln sitze. Es hätte zwar möglicherweise einen erzieherischen Effekt, dass halt dann die Schulden woanders nicht bezahlt werden, aber wir haben die Situation noch nicht im Griff und wir können noch nicht gemeinsam schauen, wie wir hier zu einer wirklich längerfristigen Lösung der Problematik kommen. Wir befinden auch, dass eigentlich der sehr kurz gefasste Hauptantragstext reicht, weil es geht nur darum, dass der Gemeinderat sagt, wir haben den politischen Willen, es soll ein Frühwarnsystem kommen. Wie das genau im Detail konzeptioniert wird, da müssen sich eh die zuständigen Stellen, die Experten/Expertinnen auf Amtsseite, aber auch bei den Stadtwerken hinsetzen, deswegen halte ich auch nichts davon von einem Zusatzantrag, wo jetzt dann schon im Detail formuliert ist, welcher Satz dort bei der zweiten Mahnung zusätzlich angefügt werden soll. Abgesehen davon, wenn die zweite Mahnung kommt, dann wird der Brief meistens gar nicht mehr aufgemacht, weil eh schon jeder weiß, was drinnen ist, dann wird dieser Satz auch nicht gelesen. Insofern reicht uns der Hauptantrag, und die SPÖ-Fraktion stimmt dem Zusatzantrag nicht zu (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die Elke Edlinger hat eh vieles gesagt, was wichtig ist, insbesondere dass es darum geht, diese Folgekosten zu vermeiden. Als einer der angesprochenen VertreterInnen, ich finde den Antrag gut und toll und ich finde es eine wichtige Sache. Ein Unterschied ist nicht herausgekommen und der fehlt mir ein bisschen bei dem Antrag, bei den Wohnungen haben wir eine gesetzliche Grundlage, dass wir das tun dürfen. Ich befürchte, aber ich will da nicht vorgreifen, dass das nicht so einfach ist, dass ein Energieunternehmen ein Sozialamt verständigt von Zahlungsrückständen, einfach datenschutzrechtlich, das müssen wir anschauen, das müssen wir klären und deswegen wird es wahrscheinlich ein bisschen dauern. Ich befürchte, dass es in die Geschäftsbedingungen rein muss, aber es ist ganz wichtig, dass es angegangen wird, dass hier diese Folgekosten vermieden wird, einerseits die Kosten vermieden werden, andererseits eben diese Energieabschaltung verhindert wird. Also in dem Sinn auch volle Unterstützung (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Ich möchte nur richtigstellen, das eine ist, diesen zweiten Satz bei der Mahnung habe ich relativ rasch formuliert, weil überhaupt nichts zu diesem Datenschutz im Antrag vorher drinnen gestanden ist und ich es von der Delogierungsprävention beziehungsweise von der Wohnungssicherungsstelle weiß, dass es genau so formuliert wird, weil das quasi die Genossenschaften die anschreiben, damit sie sich dann an die Wohnungssicherungsstelle wenden. Es ist nirgends drinnen gestanden, dass nicht automatisch das ist, es ist auch nicht drinnen gestanden, wer sich drum kümmern soll, deshalb habe ich mir erlaubt zu sagen, dass die involvierten Stellen plus die Graz AG vielleicht sich zusammensetzen und schauen, ein solches Frühwarnsystem auszuarbeiten, weil das ist ja auch nicht genauer gestanden, wie dieses Frühwarnsystem zustande kommen soll. Das habe ich da jetzt gemacht. Und zur tatsächlichen Berichtigung des Herrn Grosz. Wenn ich vom Zynismus rede, dann glaube ich, wenn ich keine Ahnung habe, was wirklich läuft und mich da herstelle und dann darüber rede so wie du, der, glaube ich, ganz selten nur mit Menschen zu tun gehabt hat und hat, die in diese Situation kommen. Dieses Wertkartensystem, heutzutage in vielerlei Bereichen vom Handy bis zum Hotel usw. durchaus ein gebräuchliches, und es ist nicht zynisch, so eine Karte zu verwenden.

Das Problem ist aber, wenn ich unterstützten möchte und die Menschen, wie du richtig gesagt hast, kein Geld haben, dass ich dazu komme, die haben meistens auch nicht den Erlagschein noch bei sich zu Hause, dass sie dir den bringen, dass ich sicherstelle bei der Unterstützung, dass jedenfalls dieses Geld dort angelegt wird, sodass die Familie im Warmen und mit Strom dasitzt. Wenn ich unterstütze, besonders dann, wenn ich regelmäßig von der Caritas oder vom Sozialamt oder von sonst wo unterstütze, ich kenne dieses System von der Caritas, woanders kann ich es nicht her kennen, immerhin habe ich zehn Jahre lang mit vielen zu tun gehabt, die da Probleme gehabt haben in dem Zusammenhang und dieses System hat sich relativ gut bewährt, weil dadurch dieses Grundrecht, im Warmen und bei Strom zu sitzen, sichergestellt wird, weil wer kriegt denn statt einer Unterstützung bar auf die Hand, wo man nicht genau wissen kann, oder eine Unterstützung für einen Erlagschein, den er vielleicht gar nicht mehr findet, kriegt er die Karte im vorhinein monatlich und er weiß, dass er seinen Strom und sein Gas hat und das ist nicht zynisch, das lasse ich mir von dir wirklich nicht sagen. Das Gegenteil ist es, das ist eine Sicherung, dass Menschen wirklich im Warmen sitzen und einen Strom haben.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.05 Uhr den Vorsitz.***

GRin. **Schloffer:** Zuerst möchte ich mich bei den Fraktionen entschuldigen für den kurzen Motivenbericht, dass wir euch überfordert haben, eine Stellung dazu abzugeben, wird natürlich nicht mehr vorkommen. Eine kleine Bemerkung allgemein über finanzielle Notstände. Bei großen Betrieben, welchen das Budget in Zeiten wie diesen eng wird, wo aber nicht der Arbeiter dafür kann, dass der Betrieb schlecht geht, dort wird von der öffentlichen Hand verlangt eine finanzielle Unterstützung. Dazu ist die ÖVP sicherlich bereit, ihnen unter die Arme zu greifen, die armen großen Betriebe. Betrifft es aber einzelne Grazer Personen, wo ein bisschen Schicksale dahinter stecken, wenn sie momentan das Geld nicht haben zum Zahlen und es ist kalt und finster, da wollen sie nichts herausrücken. Damals, und sei mir nicht böse,

das ist von dir eine kleinliche Anschauung, Entschuldigung, das muss ich dir sagen, sonst kriege ich einen Kropf.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir stimmen dem Antrag ja zu.***

GRin. **Schloffer:** Das als Begründung (*Applaus KPÖ*). Diese Begründung, sie können mit dem Geld nicht umgehen und das muss man ihnen beibringen; wie bringt man das den großen Betrieben bei, dass sie sich nicht herunterwirtschaften, dass sie mit dem Geld umgehen, sei mir nicht böse, das ist ein bisschen eine kleinliche Anschauungssache. Man muss ihnen zeigen, wie man mit dem Geld umschaut, wenn wir keines haben, dann zahlen wir das. Ich danke für die Unterstützung (*Applaus KPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Zusatzantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.***

Bgm. Mag. **Nagl:** Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag und ich möchte danach auf Grund und auf vielfachen Wunsch unserer Gemeinderatsmitglieder, vor allem jener, die heute schon in der Früh im Finanzausschuss um 8.00 Uhr da gewesen sind, dann eine Pause einlegen von einer halben Stunde, damit auch jeder einmal sich wieder stärken kann. Machen wir bitte noch den einen Dringlichkeitsantrag vom Gemeinderat Eber, Schaffung der Steiermarkholding als Maßnahme zur Krisenprävention.

## 6) Schaffung einer Steiermarkholding als Maßnahme zur Krisenprävention

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann bei diesem Antrag, wo es um die Schaffung einer Steiermarkholding geht, im Wesentlichen anknüpfen sowohl am Schlusswort von der Gerti Schloffer, als auch kann ich dort anknüpfen, wo die Kollegin Susanne Bauer aufgehört hat und hoffe aber natürlich, dass diesem Antrag jetzt mehr Erfolg beschieden sein wird. Ich möchte allerdings am Anfang schon daran erinnern, es geht und es ging auch heute ja oft einmal um die, wie es so heißt, um die Handlungskompetenz der öffentlichen Hand. Und da möchte ich aber auch erinnern daran, dass es letztlich von allen Parteien, die im österreichischen Parlament vertreten sind, darum gegangen ist, eine neoliberale Wirtschaftsdoktrin, einen Glauben an eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu vertreten. Und diese Politik soll im Wesentlichen dazu führen, dass wir einen möglichst schlanken Staat haben sollen, der nur mehr die Kernaufgaben wahrnimmt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), es geht um Privatisierung, es geht um die Zerschlagung des öffentlichen Eigentums, und die Folgen sind auch bekannt und vor den Trümmern dieser Folgen, stehen wir heute, denn dieses neoliberale Wirtschaftssystem hat in Wirklichkeit auf allen Ebenen, auf allen Linien versagt. Zentral dabei ist natürlich die Sorge um die Arbeitsplätze, und auch im Großraum Graz ist diese Sorge eine sehr große, denn gerade auch die Automobilindustrie ist sehr stark betroffen. Als mögliches Gegengewicht sehen wir die Schaffung einer Steiermark-Holding an. Die Errichtung einer solchen wurde bereits im Jahre 2005 gefordert.

Die vorrangige Aufgabe einer derartigen Holding ist der Erwerb von langfristigen Beteiligungen in qualifizierter Höhe an Unternehmen, die ihre Standorte in der Steiermark haben. Die Wiederherstellung eines deutlichen Einflusses der öffentlichen Hand in Form von Beteiligungen an Betriebsvermögen soll Betriebsschließungen aus Gründen der Profitmaximierung einen Riegel vorschieben. Wir müssen das öffentliche Eigentum im Sinne der Bevölkerung nützen. Das Land Steiermark soll wieder eigene Verantwortung für seine steirische Industrie übernehmen.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Landesgesetzgeber und verlangt darin die rasche Verwirklichung der Landesholding, wie sie auch in einem Landtagsbeschluss im März 2006 bereits vorgeschlagen worden ist (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Zur Dringlichkeit. Der Antrag stammt, wie zitiert, aus dem Jahr 2005, nach meiner Erinnerung übrigens März 2006, aber ist auch schon egal, er ist einige Jahre alt. Dringlich in der Tat sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beziehungsweise Konjunkturkrise. Der Antrag hier ist der Rest eines Antrages, der eigentlich abgezielt hat auf etwas ganz anderes vor Jahren, nämlich auf die Geschichte Kernaktionär öffentliche Hand. Darüber kann man reden, das ist aber heute nicht das Thema. Das ist heute nicht dringlich und die Grünen warnen davor, das zu verwechseln; ich habe schon wieder, Frau Kollegin Schloffer, sie ist jetzt nicht da, aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der KPÖ, schon wieder ein Problem, einem Antrag von euch zu folgen, schon wieder, weil das, was da hier drinnen steht, dem kann ich nicht folgen. Ich kann nicht folgen, wenn die Rede ist von einem Landtagsbeschluss, wie es in einem Landtagsbeschluss vorgeschlagen wurde und hier hat der Kollege überhaupt gesagt, hat überhaupt den Begriff verwendet, dass davon die Rede war im Landtag. Das sind drei verschiedene Kategorien, damit wir uns richtig verstehen, ein Beschluss ist ein Beschluss und kein Vorschlag und etwas böse formuliert, darf ich alle Beschlüsse, die auf Antrag der KPÖ hier getroffen werden als Vorschlag betrachten oder soll ich mich daran gebunden fühlen? Letzteres hätte ich eigentlich angenommen. Das heißt, hier aus dem Antrag geht nicht hervor, worum es jetzt geht, es ist nicht drinnen der Finanzierungsvorschlag, daher können wir als Grüne dem heute nicht folgen. Im Jahr 2005 war ja auch die finanzielle Lage eine andere, es ist nicht nur bei dem Thema Kernaktionär öffentliche Hand, über das man, wie gesagt, reden kann, damals gegangen, sondern es ist ja heute auch die finanzielle Lage eine andere, es wird ja hier keine Summe genannt, wohlweislich, sage ich jetzt einmal. Weil die konjunkturelle Krise vor der wir jetzt stehen,...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Hagenauer:** Ich dürfte schon, weil der Antrag richtet sich ja nicht an die Stadt Graz. Das ist ja eine Petition an das Land, ich könnte sehr wohl von finanziellen Größenordnungen reden, ich müsste es, wenn ich so einen Antrag irgendwie als realistisch rechtfertigen wollte. Die Konjunkturkrise erfasst leider mehr oder weniger mittlerweile die ganze Wirtschaft. Soll die öffentliche Hand, nämlich nicht nur die öffentliche Hand, sondern das Land Steiermark, soll sich das Land Steiermark jetzt als Kernaktionär von Magna über VÖEST bis zum mittleren Unternehmer, der irgendwo Zulieferer ist, als Kernaktionär beteiligen? Das wäre ja der Sukkus, wäre ja der Kern dieses Antrages. Das kostet, und dann muss ich mir, nachdem der Euro, wenn ich mich nicht irre, immer nur einmal vorhanden ist auch, was das Budget des Landes Steiermark anbelangt, dann muss ich mir die Frage stellen, erstens, hat also 2009 das Land Steiermark noch das Geld, das es vielleicht 2005 hatte, die Frage ist zu beantworten. Leider nicht, aber selbst wenn das Land noch irgendeinen Spielraum heute hätte und nicht pleite ist de facto, wenn es einen solchen hätte, dann müssen wir uns natürlich die Frage stellen, ob das Land, das ja auch kein Steuerfindungsrecht hat, im Gegensatz zum Bund, müssen wir uns die Frage stellen, ist es nicht für die Konjunkturkrise, vor der wir stehen und die eigentlich erst auf uns zukommt und die Hetze erst richtig losgeht, ist es nicht da notwendiger, eine Million Euro des Landes oder welche Summe immer, für etwas anderes einzusetzen, um die Konjunkturkrise wirksamer zu bekämpfen und die Antwort lautet aus unserer Sicht ja. Wir haben das heute ansatzweise schon hier also gehört. Konjunkturelle Maßnahmen sind andere als strukturelle Maßnahmen, wie sie also mit einem Kernaktionärspaket oder mit einer Kernaktionärsmaßnahme getroffen werden. Konjunkturelle Maßnahmen würde bedeuten, dass wir jetzt Nachfrage schaffen, egal ob das durch private Haushalte ist oder durch Unternehmen ist und das ist eben nicht dasselbe als wie Beteiligungen zu erwerben quer durch die gesamte Volkswirtschaft. Wir können also in dem Sinn diesem Antrag als dringlichem Antrag nicht zustimmen, der müsste ganz anders ausschauen, dass er heute beschlossen werden könnte. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Das ganze fußt ja auf Initiativen im Jahr 2005 und auf ein Arbeitsübereinkommen der SPÖ mit der ÖVP. Das Arbeitsübereinkommen hat im Landtag auch die Akzeptanz gefunden. Der Beschluss vom 14. März 2006 fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, da gab es einen Beschluss im Landtag, umgehend wird aufgefordert, umgehend ein Konzept zur Errichtung einer im Besitz des Landes Steiermark befindlichen Landesholding zu entwerfen und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Das heißt, dein, Manfred Eber, vorgelegter Dringlichkeitsantrag müsste eigentlich lauten, der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Landesgesetzgeber und verlangt die rasche Verwirklichung des Beschlusses des Landtages vom 14. März 2006. Ich sage es nur, weil es auch wichtig ist, es gab eine Debatte während der im Budgetvollzug auch im Landtag Mitte Dezember in der Landstube, wo die Fragen aufgeworfen worden sind, ob nicht im Budgetvollzug 2009/2010 durch Umschichtung Mittel für eine solche Gründung und die Erstausrüstung für Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt werden sollen. Vorrangige Aufgabe dieser Landesholding, meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, ist der zeitlich befristete Erwerb von qualifizierten Beteiligungen, vor allem an sogenannten Innovationsschwellenbetrieben, weil ich glaube, es ist zumindest bei der Abschwächung der Konjunktur jetzt, was ja schon mehrmals geschildert wurde heute in der Debatte, auch in der Landeshauptstadt und in Graz sinnvoll, ein zusätzliches wirtschaftspolitisches Instrument in Form einer mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand bestehenden Beteiligungsholding zur Verfügung zu haben. Auch wenn das Ganze von dir, Manfred Eber, nicht ganz genau geschildert worden ist in dem Motivenbericht, aber wir werden dem zustimmen, weil wir da eine Chance sehen, dass wir den Druck Richtung Land und den Beschlüssen im Land Nachhalt geben, einfach Mode zu machen, sich an die eigenen Beschlüsse zu halten. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kollege Hagenauer, es wird Sie zwar krampfen, aber in dem Fall muss ich mit Ihnen übereinstimmen dann, ich hoffe, dass wird Ihrer Fraktion nicht schaden, aber wie gesagt und zum Kollegen, es ist für uns auch der Antrag viel zu unausgegoren, weil wir wissen eigentlich nicht

genau, um was es geht, also ich kann dem auch nicht folgen, weil es ist ein bisschen, kommt mir vor, ein Antrag, der halt gestellt werden musste, aber so genau weiß eigentlich niemand, um was es geht. Wir hätten uns schon erwartet, dass, wenn Sie diesen Antrag stellen, dass Sie konkret reinschreiben, um welche Betriebe es geht, wie Sie sich das überhaupt vorstellen und ich kann nur vom Kollegen Hagenauer das unterstreichen, was er gesagt hat. Wie stellen Sie sich das vor, das Land, zur Zeit, wissen wir ja, so wie die Stadt ist auch der Bund mit materiellen Gütern zur Zeit nicht gesegnet, also ist nicht zu erwarten, dass jetzt da das große Füllhorn des Landes über irgendwelche Firmen herniederbrechen wird. Und deswegen ist es für uns unmöglich, wobei ich will nicht sagen, es ist nicht unbedingt eine ideologische Frage, dass auch wir und dass es auch hie und da sein muss und dass man sich auch von dem verabschieden muss, von dem übertriebenen Privat, sondern wie wir das auch gesehen haben, Banken, die immer das Hort des Kapitalismus waren, dass auch die inzwischen ja sehr froh sind oder manche sehr froh sind, wenn wieder Vater Staat doch das Füllhorn über die Banken ausschüttet, also das soll keine ideologische Frage sein, wenn es bei Betrieben gebraucht wird und der Staat eingreifen sollte, dann kann es nicht sein, dass wir jetzt aus ideologischen Gründen das ablehnen, aber wir würden uns wünschen, wenn Sie so einen Antrag stellen, dass Sie konkret formulieren, um was es geht, welche Betriebe Sie meinen und wie vor allem die Finanzierung erfolgen sollte. Deswegen können wir weder der Dinglichkeit noch dem Inhalt des Antrages zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Neumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Ich möchte es kurz machen, seitens der ÖVP-Fraktion sehen wir keinerlei Dringlichkeit in diesem Antrag und werden daher auch natürlich nicht diesem Antrag zustimmen. Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung dazu. Es gibt wohl gute Gründe, warum dieser Antrag aus dem Landtag von 2006 bisher noch nicht umgesetzt wurde, Gott sei Dank, möchte ich fast sagen, wurde er bisher noch nicht umgesetzt. Der Staat eignet sich ganz bestimmt nicht als Unternehmer, wir haben in Europa spätestens, seit 1990 sollten wir das wissen und sollten wir gelernt haben, dass der Kommunismus nicht funktioniert. Selbst Kuba...

***Zwischenrufe unverständlich.***

Mag. **Neumann**: Zumindest existiert er noch und ist noch nicht abgeschafft worden. Selbst in Kuba kommt man langsam drauf, dass der Kommunismus nicht das optimale System ist und dass es der völlig falsche wirtschaftliche Weg ist...

***Zwischenruf StRin. Kahr: Selbst EU-Mitglieder kommen drauf.***

Mag. **Neumann**: Aber er existiert, wie gesagt noch, er ist noch nicht abgeschafft worden. Die EU, der Staat Österreich und auch das Land Österreich haben zahlreiche Konjunkturpakete beschlossen. Diese Konjunkturpakete dienen dazu, die drohende Weltwirtschaftskrise beziehungsweise die drohende Wirtschaftskrise hier in Österreich abzuwenden. Die Verstaatlichung von Unternehmen ist aber ganz bestimmt der völlig falsche Weg und das völlig falsche Signal. Ich danke sehr (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Eber**: Zunächst danke ich der SPÖ und dem Karl-Heinz Herper für die Unterstützung und die Zustimmung, leider werden wir, so wie es aussieht, gemeinsam untergehen mit dem Antrag. Ich möchte aber schon ein paar Sachen noch dazu sagen. Also, beispielsweise der Herr Korschelt von der FPÖ hat es ja ausgesprochen, das hat mir dann letztlich recht gut gefallen, wenn er meint, es handelt sich dabei um keine ideologische Frage, sinngemäß, wenn Betriebe Geld brauchen, dann nehmen sie es sogar vom Staat. Also, das ist eh genau das, was in den letzten Wochen und Monaten ja immer wieder zu sehen ist, dass nämlich der Staat genau dann Geld locker macht, wenn Konzerne, Banken, große Betriebe einfach in Schwierigkeiten kommen und heute im Gemeinderat haben wir ja

beispielsweise erlebt, wie schwierig es dann ist, kleine oder relativ kleine Summen locker zu machen für Menschen, denen es wirklich nicht so gut geht und von daher zeigt sich da meines Erachtens halt doch sehr deutlich, wo auch die FPÖ ideologisch steht. Ich möchte ansonsten eigentlich eh gar nicht mehr viel dazu sagen, also vielleicht nur, weil das auch beim vorigen Antrag von der Gerti Schloffer ja auch schon gekommen ist, diese Kritik, dass wir unsere Anträge zu knapp, zu kurz fassen. Wir werden das gerne ändern, wir werden sie konfrontieren mit seitenlangen Motivenberichten und seitenlangen Anträgen...

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Präzise ist nicht lang.***

GR. **Eber:** Präzise ist nicht lang, aber es ist ja auch eingefordert worden oder kritisiert worden, dass es zu knapp ist, dass das zu kurz ist. Also ansonsten glaube ich, dass der Antrag eigentlich relativ klar und deutlich im Wesentlichen war, es haben die Grünen auch im Landtag seinerzeit diesem Antrag ja auch zugestimmt. War Mehrheitsbeschluss von SPÖ, KPÖ und Grünen im Landtag, die Dringlichkeit habe ich gerade heute eigentlich gesehen, also in dieser Zeit gesehen, eben weil wir es mit einer sehr umfassenden Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun haben und Gegenmaßnahmen unbedingt erforderlich sind. Damit belasse ich es, ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

*Unterbrechung des Gemeinderates von 18.25 bis 19.05 Uhr.***7) Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema „Umwelt und Mobilität Graz 2020“**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Thema Umwelt und Mobilität Graz 2020 geht es um eine sehr entscheidende Angelegenheit für unsere Stadt. Es handelt sich nämlich dabei um eine Querschnittsmaterie aus vielen Bereichen, die nicht nur einem Ressort zuordenbar sind. Ich denke da etwa an Verkehr, Wirtschaft, Luftgüte, soziale Verträglichkeit, Kosten, aber auch natürlich an Arbeitsplätze in unserer Stadt Graz. Ich lade Sie alle ein, fraktionsübergreifend, von den anderen Parteien, mir in diesem Gedanken zu folgen und diese Initiative, die sicherlich unsere Zukunft betrifft, heute Akzente zu setzen, um morgen vorne zu sein, zu unterstützen, mir zu folgen und sie zu unterstützen. Wir alle leben hier in Graz, und da sind wir anderer Ansicht als die eine oder andere Fraktion oder der eine oder andere Mandatar hier im Hause auch eine Autostadt Graz ist eine Stadt, die über viele, viele Jahre vom Autocluster, den wir hier in der Umgebung haben mit Großbetrieben, aber auch mit einer Fülle von Nebenbetrieben, von Betrieben, die Zulieferbetriebe sind, profitiert hat. Nicht nur Arbeitsplätze ja ganze Existenzen für hunderte und tausende Bürger hier von Graz und vor allen dem Bezirk Graz-Umgebung sind hier geschaffen worden und waren existent. Alle wissen, diese weltweit entstandene Krise am Automobilbereich hat natürlich vor Graz auch nicht Halt gemacht, der Motor der Automobilindustrie ist ins Stottern geraten, doch es ist eher Zeit, hier moderne, zukunftsorientierte Akzente zu setzen und die eingerissenen grünen verzopften Pfade zu verlassen. Wir brauchen einen neuen Weg, wir brauchen Initialzündungen hier in Graz für Forschungsk Kooperationen. Wir brauchen Versuche von Automobilkonzernen, die Graz auswählen, um hier diese Versuche durchführen zu können. Wir brauchen neue Infrastrukturen in Verkehrsanlagen, die man nicht nur am Bildschirm ausarbeiten kann, sondern die man auch in der Praxis erproben kann und wir brauchen, gerade

hinsichtlich der Umweltorientierung, neue Antriebssysteme. Wir brauchen aller Voraussicht nach Elektroautos ebenso wie Autos, die mit Erdgas, Biogas oder biogenen Ölen betrieben werden. Wir hatten vor rund einem Jahr die Gemeinderatswahl hier in Graz und wenn man Bilanz zieht, so muss man sagen, dass es besonders in diesem Bereich der Mobilität eine Jahresbilanz ist, die absolut als verkorkst zu bezeichnen ist. Ich denke, dass hier, und ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir in der vergangenen Periode des Jahres erleben mussten, dass zahlreiche Parkplätze wegrationalisiert worden sind, dass wir mehr Rot- als Grünphasen im Straßenverkehr haben und ich erinnere daran, dass erst jüngst das Projekt der Elektromobilität, das eingereicht worden ist beim Klima- und Energiefonds des Bundes, vergeigt worden ist. Ich sage das einmal ganz so ausführlich, weil die Konsequenz war, dass 4,7 Millionen Euro nicht nach Graz gewandert sind, sondern ins Rheintal in Vorarlberg. Wie man erst jüngst im Mittagsjournal Ö1 hören konnte, hat die Bundessprecherin der Grünen unsere Vizebürgermeisterin sehr gelobt und gemeint, sie würde sie gerne in Wien benötigen als stellvertretende Bundesobfrau ihrer Fraktion. Ich finde das eine klasse Idee, ich glaube, sie könnte vielleicht in Wien besser wirken, in Graz ist sie sicherlich aus meiner Sicht und aus der Sicht vieler Grazerinnen und Grazer verzichtbar, die Bilanz ist verheerend und ein Rücktritt hier in Graz wäre heute besser als morgen (*Applaus FPÖ*).

Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Grazer Gemeinderat. Stellt euch diese Vision vor. Mit Initiativen, die gesetzt werden im Bereich der Mobilität, im Bereich der Umwelt sind wir Grazerinnen und Grazer voran, wir sind Vorreiter im Bereich des Bundesgebietes, vielleicht auch im Bereich Mitteleuropas. Wir hätten die Möglichkeit zu lernen, wir hätten die Möglichkeit, das Erlernte auch in die Praxis umzusetzen und wir hätten die Möglichkeit, dieses Umgesetzte auch als Allererster zu nützen. Stellt euch vor, ein Konzern aus Deutschland oder aus anderen Ländern würde Graz auswählen, um hier Flottenversuche zu machen, um hier auszutesten, ob das, was sie entwickeln, auch wirklich den Grazer Bedürfnissen gerecht wird. Stellt euch vor, es würden neue Kooperationen eingeleitet werden können, ich denke da zum Beispiel an das Stronach-Institut. Ich denke da zum Beispiel an das Konzept Fahrzeugtechnik in Gratkorn. Stellt euch vor, wir hätten in Zukunft nicht nur einen funktionierenden guten öffentlichen Verkehr, sondern wir würden unseren Bürgerinnen und Bürgern, die auch zunehmend älter werden auf Grund der demographischen Entwicklung, auch einen modernen Individualverkehr zur

Verfügung stellen, der natürlich auch den Erfordernissen der sozialen Verträglichkeit, aber auch der Umwelt gerecht werden kann. Herr Bürgermeister, dadurch dass es sich um eine Querschnittsmaterie handelt, würde ich Sie dringend bitten, sich dieses Themas bereichsübergreifend anzunehmen und hier einen entsprechenden Arbeitskreis, eine entsprechende Struktur einzurichten, wo sämtliche interessierten MandatarInnen in den Fraktionen die Möglichkeiten hätten, bei Interesse mitzuwirken, aber auch das eine Plattform wäre, wo es eine Einbindung der Wissenschaft, der Forschung, der Betriebe, die in diesem Bereich tätig sind, eingerichtet werden könnte, dass man da eine Struktur schafft, die Graz wirklich voranbringt, die Graz modern macht, die Graz umweltbewusst macht und die in Graz auch einen notwendigen Individualverkehr auch ermöglicht. Wir müssen Graz nach vorne bringen, es darf nicht zu einer verstaubten, verschrobenen Stadt hinter dem Semmering verkommen. Gerade das wollen wir nicht. Wir möchten in diesem Sinne voranschreiten in eine moderne Zukunft, in der unsere Bürger wirklich gerne in Graz leben; gehen wir voran in diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag, den Sie in schriftlicher Form bekommen haben, entsprechend der Dringlichkeit und inhaltlich zu unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Nach dem ich mit dem Antrag ja direkt angesprochen wurde, werde ich zuerst beginnen mit den Dingen, die ich mit Ihnen teile. Es gibt meine Übereinstimmung mit Ihnen uneingeschränkt, dass das Thema erstens verschränkt angegangen werden muss und dass das Thema Mobilität, Umwelt, Ökologie und Ökonomie für Graz eine sehr große Zukunftschance bietet und Herausforderung darstellt. Da endet auch schon wieder meine Übereinstimmung, was nicht weiter überraschend sein dürfte. Zwei Anmerkungen zu den von Ihnen getätigten teilweise sehr ausgemalten Vorwürfen. Zur Einreichung beim Klimafonds, ich habe mich erkundigt, es gibt keine einzige Anfrage von Ihnen bei den Beteiligten von Seiten der Stadt, die an der Vorbereitung des Projektes beteiligt waren, wie denn das wirklich gelaufen ist. Ich denke, Sie werden Ihre Quellen haben, woraus Sie die Information beziehen, dass die Einreichung desaströs gelaufen sei, ich kann Ihnen berichten, es war eine ambitionierte Einreichung, die Stadt Graz war sehr ambitioniert eben genau ämterübergreifend mit dabei, es war eine gute Kooperation

mit der Grazer Energie, also Energie Graz, mit den unterschiedlichen Partnern und Partnerinnen. Das Pech war, dass in diesem Fall der Zuschlag für diese erste Ausschreibung nach Vorarlberg gegangen ist, es gab in diesem letzten Jahr eine Ausschreibung mit einer Möglichkeit, es wird im nächsten Jahr wieder Ausschreibungen geben. Wir formieren uns gerade wieder aktualisiert und werden natürlich wieder einreichen, weil das Konzept, das wir entwickelt haben und wo die Stadt, wie gesagt, sehr engagiert dabei war, ein gutes ist und ich denke, wir werden bei der nächsten Ausschreibung bessere Chancen haben. Aber mich würde interessieren, wie Sie zu Ihren Schlüssen kommen, dass es da um eine desaströse Herangehensweise der Stadt Graz sich handelt, ich habe nicht wahrgenommen und habe extra nachgefragt, Sie haben sich nicht in der Stadt Graz bei den Beteiligten erkundigt. Zum zweiten Punkt. Wenn Sie aufgepasst haben im November 2008 und wenn Sie heute aufgepasst haben, dann wissen Sie, dass im Kommunalen Energiekonzept eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, was gerade zurzeit der Fall ist, die sich beschäftigt mit dem Thema Mobilität und Elektroeffizienz. Da geht es genau um diese Fragen, die Sie ansprechen, diese Arbeitsgruppe wird gerade aufgestellt, inklusive Experten und Expertinnen von außen, da ist natürlich die Grazer Technische Universität ein Partner, da sind die Leute aus der automotiven Industrie und Entwicklung natürlich unsere Partner, diese Zusammensetzung wird in den nächsten, ich würde sagen, zwei, drei Wochen fertiggestellt, dann wird für die einzelnen Arbeitsgruppen eine Einladung erfolgen an die Interessenten aus dem Umweltausschuss, daran auch teilzunehmen und dann wird die Arbeit in diesen Arbeitsgruppen aufgenommen. Das heißt, aus dieser Situation heraus ergibt sich, dass der Antrag weder dringlich ist noch dass er, nachdem er eine Herangehensweise sucht, die dem wichtigen Thema nicht wirklich gerecht wird, werden wir weder dem Antrag noch der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Mariacher! Du engagierst dich in letzter Zeit inhaltlich sehr auch für alternative Energieformen in der individuellen Kfz-Mobilität, insofern ist dieser Antrag nicht überraschend. Allerdings, wie gesagt, ich gebe dir grundsätzlich Recht, wir geben dir alle Recht, dass wir natürlich auch gerne an diesem Projekt des Klimafonds beteiligt gewesen oder den

Zuschlag bekommen hätten. Die Frau Vizebürgermeisterin hat das ausgeführt, welche Gründe jetzt ursächlich waren, dass es nicht dazu gekommen ist, das ist aber bei weitem nicht die letzte Gelegenheit gewesen. Wir werden auch aus dieser ersten Ablehnung unsere Schlüsse ziehen, es hat natürlich auch, sage ich einmal, politische Gründe, wie man auch in der Kooperation mit dem Land bei solchen Projekten agiert. Darüber hinaus denke ich, ist im Ressort von der Frau Vizebürgermeisterin eben, wie sie schon selber dargestellt hat, einiges im Gange. Ich muss dir ganz ehrlich sagen, einen Arbeitskreis einzurichten, der die Zielvorgabe 2020, also 2020, hat, in dem auch Gemeinderäte und Politiker sein sollen, so etwas heute für dringlich zu erklären, dafür ist die ÖVP nicht zu gewinnen, deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab. Zum Inhalt, den wir auch ablehnen würden, möchte ich nur etwas sagen, Umwelt und Mobilität beschränkt sich natürlich oder kann sich nicht nur auf Mobilität von Individualverkehr beschränken. Du beziehst dich hier auf Personenkraftfahrzeuge, wie gesagt auf individuelle Mobilität, die umgestellt werden sollte, auf andere Energieformen. In einer Stadt mit begrenzten auch Ressourcen, wir haben nicht genug Platz einfach um genügend Autos unterzubringen, um die Mobilität auch unbeschränkt ermöglichen zu können, ist es ganz zentral, dass wir auch den öffentlichen Verkehr fördern, dass wir den Fußgängerverkehr, den Radverkehr etc. fördern. Das heißt, wenn schon Umwelt und Mobilität 2020, dann wären alle diese Aspekte natürlich dort genauso zu berücksichtigen und das würde uns zum Beispiel außerordentlich fehlen in deinem Antrag. Also lehnen wir Dringlichkeit und Inhalt ab (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ganz kurz, wir stimmen dem Antrag zu, wobei ich die Argumentation der ÖVP doch einigermaßen inkonsequent halte, der dringliche Antrag des Gemeinderates Dipl.-Ing. Topf befasst sich mit einem Energiekonzept 2020, also einem Konzept, das von Politikern heute zur Realisierung bis ins Jahr 2020 realisiert werden soll. Wenn Kollege Mariacher, dem ja dankenswerterweise Blumen, Rosen und Umarmung zugestanden wird, dass er sich inhaltlich mit diesem Thema beschäftigt, und er tut es tatsächlich und eigentlich sich nicht nur mit dem Thema beschäftigt, sondern wie ich auch glaube, und es ist ihm auch nicht abzusprechen, wobei es heute schon bei Anträgen passiert

ist, recht konkret ausformuliert begründet und auch etwas einfordert wie einen Arbeitskreis, und sei es auch nur ein Arbeitskreis von Experten und Politikern, die sich mit seiner Konzeption beschäftigen, dann gilt es plötzlich nicht mehr. Nach dem Motto, wer weiß, was die Politiker von heute im Jahr 2020 noch zu sagen haben, das ist inkonsequent. Lieber Kollege, Sie haben damit eigentlich auch den dringlichen Antrag, obwohl er beschlossen worden ist, der ÖVP mitbeerdigt, denn der beschäftigt sich auch mit dem Jahr 2020. Man kann nicht in einem Fall so und im anderen Fall so bestimmen. Nehmen Sie zur Kenntnis, da gibt es den Gemeinderat Mariacher, der setzt sich mit dem Thema auseinander, er will mithelfen, er will Konzepte entwickeln, er will Ideen entwickeln, er will andere dazu einladen, er will über die Parteigrenzen hinweg sich mit diesem Thema beschäftigen, gehen wir doch endlich von dieser Gartenzaunmentalität weg, dass nur, wenn es von einer anderen Fraktion kommt, auch wenn es noch so gut ausformuliert ist, dann heißt es, nein, wir planen das eh schon alles und da brauchen wir dich nicht, sondern sind wir doch froh und dankbar, dass es auch andere Fraktionen und Gemeinderäte in diesem Haus gibt, die sich auch inhaltlich mit etwas beschäftigen wollen. Mir wird immer vorgeworfen, dass ich nur in Überschriften formuliere. Jetzt haben Sie den Kollegen Mariacher, der sich im Inhalt und im Detail beschäftigen will, das ist Ihnen auch nicht recht, Ihnen kann man es wirklich nicht recht machen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Mag. **Mariacher**: Frau Vizebürgermeisterin, glauben Sie mir, ich habe meine Quellen, um zu dieser seriösen Aussage zu kommen und es gibt nicht nur Graz, es gibt andere Möglichkeiten auch noch an die Information zu kommen. Vielleicht um etwas Persönliches vorwegzuschicken, ich kann mich gut erinnern, wie ich, ich denke es war im Oktober, im Gemeinderat einen Antrag im Grunde auch zu diesem Thema gestellt habe, wo Sie mir ganz, ganz auf Ihre Art mitgeteilt haben, das ist alles schon im Laufen und wir sind guter Dinge und wir haben soundsoviele Experten eingebunden und kümmern Sie sich nicht drum und meine Unterstützung brauchen Sie sowieso nicht und meine Gedanken und wir sehen das Ergebnis, und ich sage Ihnen ganz kurz: Es ist ein Unterschied zwischen gut und gut gemeint. Zur ÖVP muss ich sagen, die Haltung verwundert mich nicht, aber ich erkenne daraus, auch wenn es nicht die Meinung der gesamten Fraktion ist, man soll ja die Hoffnung nie

aufgeben, die Hoffnung stirbt zuletzt. Es ist ein Unterschied zwischen konservativ im Sinne von wertkonservativ, dass man Grundlagen hat, dass man einen Kern hat, auf den man sich zurückzieht, der einen prägt und aus dem man dann Neues, Fortschrittliches, Wegbereitendes entwickelt und einem anderen Konservatismus, der nur noch beharrend ist, der systembeharrend ist, und der machtbeharrend ist. Und ich denke, die Waagschale wird eher jetzt bei Ihnen in die zweite Richtung gehen, ich hoffe, dass das nicht immer so sein wird, auch wenn Sie heute mir nicht zustimmen, dass irgendwann die Erkenntnis kommt, dass man guten Anträgen von anderen Fraktionen, nicht nur von mir, sondern von vielen, vielen anderen auch, die hier im Hause sitzen, die was Gescheites bringen, die sich um unsere Stadt bemühen, die sich kümmern, die gemeinsam bereit sind anzupacken und gemeinsam zusammenarbeiten, nicht vor den Kopf stoßen, sondern ihnen hilft, um gemeinsam für unsere Bürger mehr zu schaffen. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: In Ihrem Antrag loben Sie unseren Autocluster, ich glaube, es ist auch gerade unter der Politik der ÖVP von Landesseite stark zu diesem Autocluster gekommen und glauben Sie mir auch eines, weil wir im steten Kontakt zur Autoindustrie sind und ich gestern noch Gespräche geführt habe, es wird in Graz mit Hochdruck an den neuen Automobilen gearbeitet und so wie ich unsere Ingenieure, unsere Techniker, unsere Wissenschaftler und Forschungsabteilungen kenne, werden wir schneller ein Auto vorgestellt bekommen und andere Fortbewegungsmittel, als unser Arbeitskreis wahrscheinlich zum Tagen käme, das möchte ich da auch noch einmal anmerken (*Applaus ÖVP*) und selbstverständlich sind wir mit unseren Autobetrieben nicht nur jetzt in Kontakt, sondern da gibt es kontinuierliche Treffen und das ist eine Riesenchance für die Stadt, aber auch für das

Unternehmen und die arbeiten mit Hochdruck dran, ich nehme an, du weißt das auch und es wird relativ bald auch etwas vorgestellt werden. Mir hat es ja auch leid getan, dass, nur weil man angibt, 200 Modelle in Vorarlberg auf die Straße zu bringen, ein Fördermodell, also wo werden in Österreich Autos gebaut...

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, es geht ja nicht darum, wie viel Stück du da jetzt in den nächsten Monaten auf den Markt bringst, sondern es muss ein vernünftiges Projekt sein, dass du dann auch weltweit vertreiben kannst und ich glaube, wir haben die besseren Karten, weil wir die besseren Köpfe in diesem Land haben, und das wollte ich da nur noch mit anfügen.

## **8) Einsparungspotential Straßenbeleuchtung**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf den Antrag, auf den Inhalt komme, möchte ich gleich eingestehen, dass natürlich auch nach sechsjähriger Tätigkeit einem hie und da auch Missverständnisse unterlaufen können und ich danke den Kollegen, die mit mir hinten in der Bank sitzen, dass sie mich darauf aufmerksam gemacht haben...

*Zwischenruf GR. Grosz: Kollegen vom BZÖ.*

Mag. **Korschelt**: Entschuldigung, den Kollegen vom BZÖ, im Speziellen Kollegen Grosz und Kollegen Schröck, so viel Zeit muss sein, weil die zwei Kollegen kann man ruhig in einem Wort nehmen, das ist kein Problem dann, haben mich darauf aufmerksam gemacht, dass man, wenn man es böse oder sinnstörend sehen will, kann man den Antrag vielleicht ein bisschen in die falsche Kehle kriegen, es ist von mir nicht gedacht, das irgendwie sinnstörend zu sehen. Wer mich kennt weiß, dass es mir ein Bedürfnis ist, die Sicherheit zu erhöhen und sollte bitte hier nicht missverstanden werden, dass ich irgendwo das Licht abdrehen will, dass irgendwo finstere Gassen sein sollen, sondern...

**Zwischenruf GR. Rajakovics: Sie ziehen den Antrag also zurück?**

Mag. **Korschelt**: Ich ziehe den Antrag nicht zurück, Herr Kollege. Nein, es ist ein Satz drinnen, wo das eindeutig hervorgeht. Also bitte, wie gesagt mein Antrag: In vielen österreichischen Gemeinden ist Sparen angesagt. Gerade bei der Stromversorgung ist aber erhebliches Einsparungspotential zu erkennen, das bisher ungenutzt blieb. Vielerorts machen sich nun kommunale Vertreter auf die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten im Strombudget. Tatsächlich gehen in manchen Gemeinden bis zu 70 Prozent des Strombudgets in der Ortsbeleuchtung auf.

Im Sog dieser Erkenntnisse wurden bereits etliche Sparvarianten erörtert, deren Prüfung sich auch für die Landeshauptstadt Graz anbietet. Es gibt jetzt hier mehrere Varianten, die eine Variante wäre, teilweise auf Seitenstraßen die Beleuchtung abzudrehen, dann wäre eine Möglichkeit, die Lichtleistung herunterzunehmen, eine weitere Möglichkeit wäre, die üblichen 135-Watt-Birnen nur mit 35 Watt zu beleuchten, eine dritte Möglichkeit wäre der Einsatz der Sonnenenergie, eine Möglichkeit die in Schweden exerziert wird, ist, die Plätze und Straßen dort gelb auszuleuchten, sind mit speziellen Leuchten, die eine kostengünstigere Variante darstellen. Das immer unter dem Gesichtspunkt der Einsparungsmöglichkeit, aber

immer unter dem großen mir sehr wichtigen Gesichtspunkt, dass die Sicherheit der Bevölkerung darunter nicht leiden sollte. Wesentlich ist daher, dass sämtliche Einsparungsmodelle auch auf ihre Durchführbarkeit in unserer Landeshauptstadt Graz geprüft werden müssen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag,**

und jetzt kommt eine kleine Änderung. Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, die zuständigen Stellen der Landeshauptstadt Graz zu beauftragen, geeignete Einsparungsmodelle, ohne hierbei die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden, zu erarbeiten sowie zu bewerten und diese in der Folge dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme und weiteren Beschlussfassung vorzulegen, wobei ich bitte, dass hier der Satz noch einmal einzufügen ist, „ohne hierbei die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden“ (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Auch hier bin ich ressortspezifisch angesprochen, weil ich zum Glück zuständig bin auch für die Beleuchtung in der Stadt und damit auch die Gelegenheit habe, schöne Dinge zu berichten, die in dieser Stadt schon seit einigen Jahren im Gange sind. Das heißt, es ist durchaus Verdienst meiner Vorgänger, meines Vorgängers, der in diesem Bereich zuletzt zuständig war, das hier schon rechtzeitig und frühzeitig und auch teilweise früher als in vielen anderen Städten erste Maßnahmen ergriffen wurden, die wir schon jetzt langsam zum Abschluss führen können. Graz hat eine Vorreiterrolle übernommen und hat bereits im Jahr 2001 begonnen. Seit damals werden alle Neuanlagen reduziert gebaut, das heißt schon mit 25 % weniger Energieverbrauch als eine herkömmliche Anlage. Für das Pilotprojekt Green light Graz wurde die Stadt von der Europäischen Kommission mit dem European Green Light Award 2006 ausgezeichnet, bitte sehr, das kann ich auch vorzeigen (*Applaus ÖVP und Grüne*), damit hat die Stadt in einem sehr umfassenden Modell begonnen, mit einer sehr starken Energiereduktion, die

erzielte Einsparung beträgt 530.000 Kilowattstunden jährlich, ich kann Ihnen auch die Statistik zeigen, wir haben zwar mehr Beleuchtung, haben aber weniger Verbrauch, also wir haben sinkenden Verbrauch. Im Jahr 2010 wird es um 10 % weniger Verbrauch geben als eingeplant, es waren 20 % eingeplant, es werden bis zu 30 % noch zusätzlich kommen. Daraus resultierend hat dann der Gemeinderat am 15. März 2007 das nächste Projekt beschlossen, nämlich das Green Light Graz 2010, welches Mitte nächsten Jahres eben dann fertiggestellt sein wird und in der Prognose eine Energieeinsparung von 900.000 Kilowattstunden pro Jahr und eine Energiekostensparnis von 124.000 Euro bringen soll. Wie gesagt, das ist für 20 % aufgesetzt, wird aber noch um 10 % überschritten werden. Begonnen hat man dann im Zuge der Aufgabenkritik 2004 mit einer Reduktion der Lichtstärke zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, da gab es eine Einsparung von zirka 25 %, weiters wurden die Einschaltzeiten optimiert. Späteres Einschalten, früheres Ausschalten und besseres Anpassen auch an die jahreszeitliche Entwicklung. Ein gänzlichliches Abschalten in den Nebenstraßen wundert mich sehr, wenn das ausgerechnet von der FPÖ kommt, das muss ich schon sagen, auch wenn Sie sagen, das soll kein Missverständnis herstellen, so wie Sie es formulieren, stelle ich mir hier die Frage als FPÖ, dass Sie als Sicherheitspartei auftreten, auf der anderen Seite vorschlagen, in den Nebenstraßen das Licht ganz auszudrehen, also das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Es erfolgt aber eine Lichtreduktion nicht bei der Beleuchtung an Kreuzungen aus Verkehrssicherheitsgründen und an Schutzwegen, dort sind wir dabei, teilweise auch die Beleuchtung noch zu verstärken, weil gerade an Übergängen eine wichtige Funktion ist, dass die Schutzwege beleuchtet sind. Aber die Summe aller erfolgten und geplanten Einsparungen soll jährlich zwei Millionen Kilowattstunden betragen. Heißt aber nicht, dass nicht weiter an Optimierungen gearbeitet wird, das, was Sie nämlich ansprechen, das schwedische Modell und dass es Möglichkeiten gibt, die gerade geprüft werden, ob es auch mit Bewegungsmeldern in bestimmten Bereichen möglich wird, wird gerade geprüft und darüber hinaus freue ich mich auch, dass wir gerade begonnen haben, im Bereich neben der Straßenbeleuchtung die Ampeln umzurüsten auf LED-Technologie, das wird flächendeckend stattfinden. Bei Endausbau haben wir dann dort eine 70-%ige Energieeinsparung. Also es tut mir sehr leid, ich finde Ihren Antrag wichtig, weil er in jeder Stadt wichtig ist und das ist ein wichtiger Einsparungspunkt ist, aber die Stadt Graz hat in diesem Bereich wirklich schon sehr viel erreicht und ist hier auf einem

sehr guten Weg und deswegen weder Dringlichkeit und Antrag die Zustimmung erteilt werden kann (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Gemeinrat Korschelt! Wenn Sie den Antrag vor sechs Jahren, als Sie in den Gemeinrat gekommen sind, gestellt hätten, hätten wir der Dringlichkeit zustimmen können; aus dem Gesagten der Frau Vizebürgermeisterin ist vollkommen klar, dass all diese Punkte und noch viel mehr bereits erledigt sind. Wir stimmen von der ÖVP daher diesem Vorschlag weder in der Dringlichkeit noch inhaltlich zu (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Korschelt**: Wie gesagt, nachdem eh die Mehrheitsfraktion dem nicht zustimmen wird, ist der Antrag eh damit gefallen. Aber ich möchte nur noch einmal auf die Aussage von der Frau Vizebürgermeisterin zurückkommen. Es steht kein Wort drinnen, dass wir fordern, dass das Licht abgedreht werden soll, sondern wir sagen nur, es ist einer Prüfung zu unterziehen, deswegen heißt es noch lange nicht, dass wir es fordern, aber wenn ich etwas prüfe, so genau wie ich gesagt habe, bitte schön, prüfen Sie, ob das sinnvoll ist, der Linksabbieger oben da am Mölkweg. Das heißt ja noch lange nicht, dass wir das fordern. Aber, wie gesagt, wenn man etwas will kann man es immer missverstehen, das ist mir klar.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich kann mich noch sehr gut erinnern, als die Stadt Graz aus Sparmaßnahmen heraus überlegt hat, tageslichtgesteuert das Licht um eine halbe Stunde nur zu verändern, also sprich: etwas später einzuschalten und etwas früher wieder auszuschalten, war das quasi fast ein Skandal und aus Sicherheitsaspekten ist so eine Überlegung quasi gar nicht möglich gewesen. Sie haben es da aber schon drinnen stehen, so könnte man etwa nachts auf Seitenstraßen die Beleuchtung abdrehen.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**9) Dringliche Maßnahmen zum Stopp des Missbrauchs des Demonstrationsrechts in Graz**

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine parlamentarische Anfrage des BZÖ vom 9. April 2008 betreffend Demonstrationen in Graz brachte einige interessante Ergebnisse zum Vorschein.

So wurden alleine im Jahr 2007 305 Demonstrationen im Grazer Stadtgebiet gezählt und in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 bereits 51 Demonstrationen aufgelistet. Für das Jahr 2007 ergab sich für diese Demonstrationen eine unglaubliche Summe von € 26.645 für den Personalaufwand an Exekutivbeamtinnen und -beamten. Mit diesen Werten ist Graz mittlerweile zur Demonstrationshochburg Österreichs geworden.

Einen Großteil dieser Demonstrationen bestreitet der „Verein gegen Tierfabriken“, der in Graz durch fragwürdige Aktionen bereits traurige Berühmtheit erlangt hat.

Der Grazer Hauptplatz wird schon fast täglich bis in die späten Abendstunden belagert, an Samstagen werden ein Bekleidungsgeschäft und dessen Kunden in der Murgasse zum Opfer dieser selbsternannten Tierschützer.

Ausgerüstet sind die Aktivisten meist mit Tischen, Videobeamern, Plakatständern, Transparenten, Flugblättern und einer Leinwand. Diese Kundgebungen sind in erster Linie darauf gerichtet, dieses Unternehmen in seiner Freiheit auf Erwerbstätigkeit zu hindern. Und man kann deswegen durchaus sagen, dass unter dem Deckmantel des

Tierschutzes den Geschäftsleuten in Graz großer Schaden angerichtet und auch der wahre Tierschutzgedanke so mit Füßen getreten wird.

Während dieser Gruppe in Graz also ungehindert Spielraum für ihre Aktivitäten zugestanden wird, kam es Wien bereits zu Verboten von Versammlungen dieser Art, die in nächster Ebene auch vom Verfassungsgerichtshof bestätigt wurden.

Zu prüfen ist auch, ob die groß auf Leinwand gezeigten Bilder und Filme für Kinder überhaupt zulässig sind. Eltern, die ihren Kindern brutale Bilder von missbrauchten Tieren nicht zumuten wollen, müssen somit den Grazer Hauptplatz meiden. Und nach Meinung einiger Experten könnte es bei heranwachsenden Kindern auch zu einem gestörten Mensch-Tier-Verhältnis kommen und zumeist ist auch das gezeigte Videomaterial längst nicht mehr aktuell, sondern aus den 70er- und 80er-Jahren

Auch die mittlerweile täglich stattfindenden Demonstrationen wegen des Konflikts im Nahen Osten, stellen für viele Grazer Innenstadtbewohner und auch Geschäftsleute ein großes Problem dar. Das Grazer Stadtzentrum wird zum Aufmarschgebiet für ideologische Weggefährten des tragischen Krieges im Nahen Osten.

Auch in diesem Fall wird das Demonstrationsrecht ausgenutzt und ausgehöhlt. Durch die mittlerweile fast täglich stattfindenden Versammlungen kommt es oft zu stundenlangem Stillstand des öffentlichen Verkehrs, und auch die ohnehin schon geplagten Innenstadtkaufleute werden in ihrer Freiheit auf Erwerbstätigkeit grob behindert.

Diesem Missbrauch muss daher umgehend Einhalt geboten werden. Meine Damen und Herren, mir ist auch klar, dass dieser Antrag auf wenig Gegenliebe von Ihnen stoßen wird und deswegen ist es mir wichtig auch klarzustellen, dass ich niemanden in seinen Rechten beschneiden möchte, aber wenn eine bestimmte Gruppierung zum xten-Mal von eben diesen Rechten Gebrauch macht und damit andere elementare Rechte, wie zum Beispiel die Freiheit auf Erwerbstätigkeit, beschnitten werden, dann sollte man zumindest eine Grundrechtsabwägung durchführen.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Exekutivbehörden auf, die in der Stadt Graz stattfindenden Demonstrationen in Zukunft dahingehend genauer zu prüfen, ob die inflationäre Abhaltung von Versammlungen bestimmter Gruppierungen zu ein und demselben Thema beziehungsweise die Art der Abhaltung einen Missbrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes darstellen und, nach Wiener Vorbild, in dem einen oder anderen Fall zu untersagen.

Außerdem ist von den Exekutivbehörden zu prüfen, ob die bei den Demonstrationen des „Vereins gegen Tierfabriken“ gezeigten Filme mit äußerst brutalem Inhalt in der praktizierten Art und Weise überhaupt öffentlich vorgeführt werden dürfen, zumal Kinder mit den gezeigten Inhalten in voller Härte konfrontiert werden.

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege! Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen und zwar aus dem einfachen Grund, weil es uns darum geht, dass das Demonstrationsrecht, immerhin eines der Grundrechte, eines der wenigen Grundrechte der Bürger war, die 1848 errungen wurden und unserer Meinung nach bei, ich will jetzt den Fall gar nicht nehmen, weil man kann nicht auf Grund eines Falles da jetzt etwas konstruieren. Wir glauben einfach, dass das Demonstrationsrecht, auch wenn es hie und da missbraucht wird, das ist sicher unumwunden, das mag sein, aber wenn es auch hie und da missbraucht wird, trotzdem ein so hohes Rechtsgut ist, dass man nicht hergehen kann und auf Grund eines Einzelfalles das jetzt eindämmen werden. Deswegen werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Auch wenn das Demonstrationsrecht ein ganz hohes Gut ist, sehen wir die Probleme, die du da aufzeigst, durchaus. Haben auch schon am 15.3.2007 einen dementsprechenden Antrag eingebracht, um zu prüfen, eben inwieweit die Störung, zum Beispiel auf einem Gehsteig, wenn ein Kinderwagen nicht mehr

vorbeifahren kann, nicht auch dazu führen sollte, dass es ein entsprechendes Verbot gibt, an dieser Stelle zu demonstrieren. Auch warum man in der Herrengasse, wenn es eine breite Fußgängerzone ist, nicht auch vorschreiben kann, dass man links oder rechts geht, sondern mitten im öffentlichen Verkehr und damit auch den öffentlichen Verkehr für alle, die für Dritte, die da nicht involviert sind, gestört wird, das ist grundsätzlich nicht einzusehen. Aber er ist leider deswegen nicht dringlich, weil dein Kollege Grosz da scheinbar aus dem Regierungspaket abgeschrieben hat unter dem Punkt Inneres E2 steht dort nämlich genau, dass das jetzt von der Regierung umgesetzt wird und ich habe da volles Vertrauen in unsere Innenministerin, nämlich dass Veranstaltungen sollen erstens nicht mehr auf Jahre vorreserviert werden können, sondern jeweils extra immer beantragt werden müssen, damit diese ganzen Dauerdemonstrierer eben in dieser Form nicht stattfinden und es soll hineinkommen, dass, wenn Interessen von unbeteiligten Dritten über Gebühr strapaziert werden, so steht es nicht wörtlich drinnen, jedenfalls dass das entsprechend auch berücksichtigt werden muss, was vor allem den öffentlichen Verkehr, Kinder- und Jugendschutz betrifft und das ist in unserem Interesse und unsere Innenministerin Fekter ist da, ich nehme an, im Innenausschuss werde ihr schon geredet haben über das auch, ist da eh voll im Plan, daher ist es nicht dringlich. Wobei wir dem Inhalt durchaus Verständnis entgegenbringen und das auch schon vor eineinhalb Jahren in einem eigenen Antrag gemacht haben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Harald Korschelt, noch da? Du hast heute zweimal Haltung bewiesen. Ich gratuliere, vor allem stimmen wir auch deiner Linie zu, nämlich eine Aushöhlung der demokratischen Rechte, wie es eben Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht sind, ist jedenfalls hier größte Vorsicht geboten, bei aller Wertschätzung der inhaltlichen Aufarbeitung. Ich weiß schon, dass man in der Herrengasse und am Hauptplatz konfrontiert ist mit Fotos, brutalen Bildern, über das ist durchaus zu reden, aber der Grundwert, nämlich die Grundrechte in Frage zu stellen und dann mit der groben Verbotskeule gleich zu schwingen, halten wir für die falsche Vorgehensweise. Außerdem kann die Polizei, lieber Georg Schröck, sowieso Orte und Routen von Demonstrationen mit den Verantwortlichen abstimmen, was sie ja auch immer wieder tut. Ich glaube auch im

Interesse von bestimmten Zielgruppen, ich glaube, da gibt es genug Möglichkeiten. Ich würde also auf jeden Fall, auch wenn wir sicher mit manchen Inhalten von Demonstration und Darbietungen und Darstellungen nicht konform sind, die Grundrechte nicht in Frage stellen und deswegen bekennen wir uns gegen diese Vorgangsweise, also gegen Dringlichkeit und Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schröck**: Meine Damen und Herren, ich habe auch vorhin extra betont, dass es mir nicht darum geht, irgendjemand das Recht zu beschneiden, nehme aber auch zur Kenntnis, dass der heutige Antrag bei der ÖVP Früchte getragen und ich sie für dieses Thema wenigstens ein wenig sensibilisierten konnte. Danke.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **10) Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Jahr 2009 - organisierte Bettlerkriminalität**

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ganz kurz, weil ohnedies beide Themen zusammenhängen, ob es jetzt organisierte Bettlerbanden oder der Verein für Tierfabriken ist, macht bestenfalls einen semantischen Eindruck oder auch einen Eindruck, dass Sie halt andere Beweggründe haben, aber das Resultat ist das gleiche. Die Innenstadt wird blockiert. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Fraktion des Gemeinderates der Grünen

ausgezogen ist, ist vielleicht auch gut so, bevor Gemeinderat Baumann wieder versucht, gewalttätig zu werden, ist das vielleicht auch eine Gangvariante, wenn wir gegenseitig halt den Gemeinderat verlassen. Ein Gewaltschutzseminar hätte es vielleicht auch getan. Wir diskutieren heute auf Grund des dringlichen Antrages des BZÖ einmal mehr die organisierte Bettlerkriminalität in Graz auch deswegen, weil sie noch immer nicht gelöst worden ist. Aber auch deswegen, weil ich der heute nicht mehr anwesenden Phantomfraktion sicherlich nicht den Gefallen machen wollte, mit plumpen Beschimpfungen auf arme, kranke oder alte Menschen politisches Terrain zu gewinnen, sondern es geht mir, es geht uns um etwas gänzlich anderes. Wie Sie vielleicht wissen und wie Sie vielleicht auch verfolgt haben und gelesen haben, machten Anfang des Jahres 2009 führende Beamte des Innenministeriums, also jenes Ministeriums auf das Gemeinderat Rajakovics gerade vorher noch aufmerksam gemacht hat im Zuge des Demonstrationsrechtes, wobei ich dazu dir auch sagen kann, das ist noch nicht in der Pipeline und ich danke dir auch für deine Ablehnung, denn damit habt ihr zumindest garantiert, dass ein bis zwei Jahre diese Problematik nach wie vor in Graz vorherrschen wird, gratuliere euch zu dieser Weitsicht, gratuliere euch zur Einsicht eines Regierungsprogramms, von dem bis dato nicht einmal ein Satz umgesetzt worden ist und von den 364 oder 367 Seiten, und ich schliesse heute mit dir eine Wette ab, bis zum Ende der Legislaturperiode, egal wie lange sie dauert, nicht einmal die Hälfte umgesetzt sein wird und das schon gar nicht. Ist weder in der Pipeline, ist weder als Regierungsvorlage und jetzt sage ich eines, ich lade dich da gerne zu einem Besuch ein über die Gesetzwerdung. Ministerratsbeschluss, Regierungsvorlage, Ministerratsbeschluss, Begutachtungsfrist, Ministerratsbeschluss, Zuleitung Parlament, Parlamentausschuss, zweite Lesung, dritte Lesung, Plenarsaal. Ich gratuliere dir, auch wenn es jetzt in der Pipeline wäre, jetzt beschlussreif wäre dieses Demonstrationsrecht, diese Überprüfung des Demonstrationsrechtes, wie Kollege Schröck sie gefordert hat, selbst wenn sie jetzt in der Pipeline wäre, würde sie erst in einem Dreiviertel-Jahr Realität werden. Ein Dreiviertel-Jahr habt ihr es mit eurer Ablehnung zustande gebracht, dass die Innenstadtkaufleute, unter anderem auch die Firma Klammerth etc, etc auch weiterhin genervt werden. Ob das im Interesse eurer Lobbyist, der Klein- und Mittelbetriebe, eurer ehemaligen Lobby, wage ich zu bezweifeln. Aber ich war beim Innenministerium, und das Innenministerium hat Anfang des Jahres wie folgt bekanntgegeben, der Oberst des Bundeskriminalamtes,

Helmut Greiner: „Wir bereiten uns seit Monaten intensiv darauf vor, dass eine neue Kriminalitätswelle aus dem Osten zu uns schwappt. Vor allem bei illegaler Prostitution, Einbrüchen, Autodieben sowie bei organisierten Bettlerbanden stehen wir hoch im Kurs.“ Der Oberst des Bundeskriminalamtes, ein leitender Beamter des Innenministeriums hauptverantwortlich für Schutz und Sicherheit auf unseren Straßen, gibt bekannt, dass Bettlerbanden in direktem und unmittelbarem Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität europaweit stehen. Das sollte doch in irgendeiner Form auch die ÖVP interessieren. Nicht in Hinkunft Schutzmantelmadonna organisierter und krimineller Ostblockbanden zu sein, sondern wieder zurückzukehren auf euren Ursprung für Ordnung, Recht und Sicherheit. Es kommt aber noch viel schlimmer. Nicht das BZÖ, sondern die UNICEF, das UN-Kinderhilfswerk, bestätigt und kritisiert in seinem Jahresbericht 2007, dass es in Österreich Menschenhandel und im Speziellen Kinderhandel gibt und führt als Begründung dafür an das Unwesen rund um die organisierte Bettlerkriminalität in Großstädten. Und ich sage noch einmal eines, mir geht es nicht um das plumpe Suchen von Opfern und um die Strategie, dass man sie in fünf oder zehn armen Menschen dieser Stadt gefunden hat, nein, es geht mir darum, dass wir mittlerweile in Graz, in anderen Landeshauptstädten, in den Bezirkshauptstädten teilweise, es mit Gruppierungen zu tun haben, die weder arm sind, sondern ausschließlich das goldene Spenderherz der Steirerinnen und Steirer, der Grazerinnen und Grazer ausnutzen, um dann das erbettelte Geld dann Hintermännern abzuliefern. Denn wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, weiterhin konsequent auf dem Standpunkt bleiben, dass diese organisierten Bettlerbanden in Graz ihren Platz haben sollen, dann würde ich Ihnen doch empfehlen, mit Präsident Mühlbacher überhaupt eine eigene Innung für diese Gruppierung zu schaffen. Da legalisieren Sie es wenigstens, dann legalisieren Sie die organisierte Kriminalität in Österreich, machen Sie mit Ihrem Wirtschaftsbund eine Innung Prostitution, eine Innung organisierte Bettlerkriminalität und eine Innung Einbruch, dann wäre es wenigstens auch konsequent. Nur wegzuschauen, wie Sie es bisher tun, mit den Worten, wir wissen nicht, ob wir eine verfassungsrechtlich wasserdichte Lösung herbeiführen, das nützt nichts. Ich erinnere Sie und ich erinnere auch den Bürgermeister und auch die Vizebürgermeisterin, dass Ihr Drang nach verfassungsrechtlichen guten Lösungen noch nie da war, ich erinnere Sie an die Vorlage der Parteienförderung, die alles andere als verfassungsrechtlich

wasserdicht ist, sondern verfassungsrechtlich als U-Boot agiert und vom nächstbesten Wald- und Wiesengericht aufgehoben wird. Da haben verfassungsrechtliche Bedenken auch keine Rolle gespielt, hat man Parteiförderung beschränkt, da hat man versucht, die Opposition zu kriminalisieren, man hat es beschlossen, aber wenn es hier darum geht, diese Formen der Kriminalität in den Griff zu bekommen, da führen sie verfassungsrechtliche Argumente ins Treffen. Ich sage eines, unser aller Ziel muss es sein, uns bestmöglich mit der Grazer Exekutive, aber auch mit den nötigen Instrumenten, die wir der Grazer Exekutive geben, uns hier in Graz, immerhin der zweitgrößten Stadt Österreichs, vor solchen Entwicklungen zu schützen, und Klubobmann Piffel-Percevic, ich nehme ja doch an, dass du deine Rede nicht auswendig gelernt hast, sondern ich nehme ja doch an, dass du versuchst zum Teil auf meine Argumente einzugehen. Nachdem ich bereits gesehen habe, dass du seitens der ÖVP da wieder ausrücken musst und entgegen deiner eigenen Überzeugung hier das Netz der ÖVP verteidigen musst, dann höre mir doch wenigstens zu, damit du wenigstens sachlich und in der Argumentation auch deine nötige Antwort geben kannst. Ich sage noch einmal, wir müssen uns, und nicht zuletzt auch auf Grund einer Feststellung des heute schon oft zitierten Innenministers Platter, der bereits am 25.4.2007 in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung die organisierte Bettelerei als Erscheinungsform der organisierten Kriminalität empfunden hat, müssen uns im Jahr 2009, spätestens dann, wenn es ein wenig wärmer wird, auf eine neue Schwemme vorbereiten. Es hat kein Mensch mehr in dieser Stadt ein Verständnis für diese Unsitte, die hier seit Jahren in der Innenstadt getrieben wird und ich ersuche Sie eindringlich, zumindest im Ansatz einer ihrer ehemaligen Kernkompetenzen zuzustimmen. Nicht der Gerald Grosz, nicht der Harald Korschelt oder sonst wer haben diesem Thema mehr denn je zur medialen Hochblüte verholfen, als ihr eigener Bürgermeister Nagl selbst, der vor ein wenig mehr als einem Jahr und einem Monat noch in großflächigen Interviews, im Übrigen nachdem das Fürstenfelder Bettelverbot gehoben worden ist, nachdem, angekündigt hat, genau so etwas in Graz machen zu wollen und zwar eine wasserdichte Lösung. Und daher ersuche ich Sie, doch wenigstens in dieser Kernfrage ein wenig Fahne zu zeigen. Ein wenig ÖVP-Politik der Vergangenheit zu vertreten. Bürgermeister Nagl hat heute dankenswerterweise den Autocluster erwähnt, Waltraud Klasnic, Gerhard Hirschmann, Herbert Paiarl, was ist heute übergeblieben, nichts. Versuchen Sie doch, an diese goldenen Zeiten auch einer konservativen, einer Politik bürgerlich

rechts der Mitte, einer Sicherheitspolitik anzuschließen und stimmen Sie dem zu. Versuchen Sie doch einmal gegenüber Ihrem eigenen Koalitionspartner auch angesichts der Tatsache, dass Sie bei jüngsten Umfragen in der Stadt Graz nur mehr bei 18 % liegen, versuchen Sie doch einmal auch Ihre eigenen Kernprojekte mit uns gemeinsam unterzubringen. Ich berichte Ihnen kurz, was sich Menschen unserer Stadt denken. O-Ton: „Wissen Sie, ich habe den Nagl gewählt, weil er ist ein sympathischer Kerl und eigentlich habe ich immer geglaubt, wenn die FPÖ und das BZÖ auch drinnen sind, habt eine Mehrheit, damit ihr endlich eine anständige Politik machen könnt. Aber könnt ihr mir sagen, was ist in den Nagl gefahren?“ Das ist nur eines von hunderten Zitaten, mit denen ich zumindest konfrontiert werde. Bei aller Liebe für das Energiekonzept 2020, aber es können doch nicht ständig die grünen Projekte sein, die hier von der Frau Rucker verkauft werden mit ihrem Beiwagerl Nagl, und wenn es in dieser Stadt brennt, dann muss Nagl ausrücken und verteidigen. Versuchen Sie, auch wenn Sie schon kein Interesse haben, für Schutz und Sicherheit zu sorgen, versuchen Sie es wenigstens politisch zu sehen. Die letzte aufrechte Konservative bürgerlich rechts der Mitte verlässt auch den Saal, Sissi Potzinger, verstehe ich auch, versuchen Sie doch wenigstens in dieser Frage, wenn Sie schon nicht die Sicherheit im Vordergrund haben, wenigstens ihr eigenes politisches Denken im Vordergrund zu haben, wenn es schon nicht die Sicherheit und Angst vor organisierten Organisationen ist, wenn es schon nicht die Feststellung des Innenministeriums, des Bundeskriminalamtes, wenn Sie sich schon nicht vom UNO-Kinderhilfswerk beeindrucken lassen, wenn Sie sich nicht gefallen lassen wollen, dass Sie Schutzheilige der organisierten Kriminalität getauft werden wollen, dann haben Sie doch wenigstens einen politischen Grund, dann haben Sie doch wenigstens Restbestände von Eigenachtung und Stolz als größte Partei in diesem Gemeinderat und tun Sie wenigstens das, was Sie eigentlich eh schon längst tun wollen. Beschließen Sie mit uns Maßnahmen, um uns im Jahr 2009 optimal gegen die organisiert Kriminalität in Graz vorzubereiten. Beschließen Sie mit uns ein Bettelverbot gegen die organisierte Bettelei, beschließen Sie mit uns unter Einbeziehung von Verfassungsmitarbeitern des Verfassungsdienstes/ Bundeskanzleramt und Verfassungsexperten des Landeverfassungsdienstes binnen Monatsfrist zumindest die Grundstrukturen einer wasserdichten Lösung diesem Gemeinderat hier vorzulegen. Ich habe heute mehrere Fakten gebracht, und da können Sie auf diesem Pult gar nicht von Erfindungen und Notpopulismus des Herrn

Grosz sprechen, es sind Fakten, es sind traurige Fakten. Aber wissen Sie, was für ein Faktum die letzten drei Tage hinzugekommen ist, es steht nicht mehr in dem Antrag, laut Polizei gibt es in den letzten zwei Wochen Beobachtungen, dass Bettlergruppen in Mehrfamilienhäuser gehen, dort anklingeln, um vor Ort dem aggressiven Betteln nachzugehen und die mittlerweile im Zusammenhang stehen oder im Verdacht stehen, leer stehende Wohnungen auszuloten und danach Einbrüche zu organisieren. Das ist der derzeitige Informationsstand der Grazer Polizei. Und wenigstens davon sollten Sie sich beeindruckt lassen. Es geht nicht um die Gruppierung, die ihre Unterbringung bei Pfarrer Pucher haben, um die geht es nicht, sondern es geht ausschließlich darum, dass ich es nicht zulassen will, dass diese Stadt zum Eldorado, zum Fleisch gewordenen Wellcome-Haus für organisierte Bettlerbanden wird und daher ersuche ich Sie, auch anhand der Chronologie, auch anhand Ihrer eigenen Aussagen, auch anhand der Aussagen der Polizei, Dr. Lecker, aber auch anhand der Erfahrungen aus anderen Städten, siehe das Beispiel Bern, siehe diese Berichte, die ich auch zitiert habe, dem zuzustimmen. Beim letzten Antrag, den wir eingebracht haben und zwar war es der, kann ich Ihnen genau sagen, es war der 10. 4.2008, da hat der Pressesprecher des Bürgermeisters damals mitgeteilt, dass die Gemeinde sämtliche Initiativen ergreifen wird, dass dort, wo sie herkommen, die sogenannten organisierten Bettlerbanden, Beschäftigungsprojekte folgen werden und spätestens nach zwei Monaten ist das Thema vom Tisch. Es war eine weitere Ankündigung, die nicht gehalten hat. Wir haben es im Jahr 2008 diskutiert, 2006, 2007, 2005, wir werden es im Jahr 2009 diskutieren und wenn Sie sich nicht endlich dazu durchringen, etwas in dieser Angelegenheit zu tun, werden wir es zumindest bis 2013 diskutieren, ab dann gibt es offenbar auch auf Grund der letzten Umfrageergebnisse ohnedies andere Mehrheitsverhältnisse in diesem Gemeinderat. Aber wir wollen uns doch diese vier Jahre ersparen.

Und daher darf ich nachfolgenden

### **d r i n g l i c h e n A n t r a g**

einbringen und um Ihre Unterstützung ersuchen.

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgrund der neuen Erkenntnisse von Sicherheitsexperten dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten, Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, Verfassungsdienst des Landes Steiermark eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Februar 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung, im Übrigen, die Grünen, wo immer sie sind, sie können wieder den Saal betreten. Danke.

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen! Selbstverständlich werden wir Freiheitliche diesen Antrag auch unterstützen, reiht er sich doch auch in eine Reihe ähnlicher oder fast gleicher Anträge aus den letzten Monaten und Jahren. Die meisten davon übrigens von der FPÖ. Ich möchte nur dem geschätzten Kollegen Grosz auch sagen, wir schauen ein bisschen differenzierter auf die Sache, nicht um eine Ähnlichkeit handelt mit dem vorigen Antrag, weil im vorigen Antrag ist es um Grundrechte gegangen und hier geht es eindeutig um Kriminalität, also um etwas Illegales. Also nur so viel dazu. Aber das Thema ist aktueller denn je, das ist ein Thema, das im Gegensatz zu vielen anderen hier herinnen den Grazern wirklich unter den Nägeln brennt und das hat mich immer wieder auch schon fast schockiert, ist die Art und Weise, wie hier mit dieser Thematik umgegangen wird. Diese Thematik erfährt hier wirklich eine ungebührliche Behandlung, eine kaum repräsentative Behandlung. Man möchte fast meinen, hier wird wirklich überheblich vorgegangen, wenn man sich die Medienberichte der letzten Wochen anschaut, so muss doch jeder erkennen, dass die Mehrheit der Grazer hier wirklich diesbezüglich Sorgen haben und dass hier einfach seitens der Politik drübergefahren wird. Nicht nur die Grazer, auch vor allem die Geschäftsleute, und das ist wirklich ein Skandal (*Applaus FPÖ und BZÖ*), wie hier mit diesem wichtigen Thema umgegangen wird. In Richtung der Grünen möchte ich Folgendes auch sagen, ich glaube, es wäre vernünftiger, wenn sie auch öfter ausziehen würden, dadurch hätten wir vielleicht die Möglichkeit, bei einigen wichtigen Anliegen sie auch tatsächlich durchzubringen. Also das möchte ich schon auch einmal hier sagen und an die ÖVP, Sie haben jetzt die

Gelegenheit, wo die Grünen draußen sind, einmal endlich über Ihren Schatten auch zu springen, kehren Sie zu Ihren Wahlversprechen zurück, beenden Sie das Über-den-Tisch-ziehen-Lassen seitens der grünen Fraktion und stimmen Sie gemeinsam mit uns diesem wirklich dringlichen Antrag des Verbotes der Bettelei in Graz auch zu. Und was auch für Sie auch besonders peinlich ist, das möchte ich hier auch erwähnen, ist, dass mittlerweile Funktionäre von Ihnen bei uns ja fast tagtäglich anrufen und sich an uns wenden, denen das Thema sehr wohl sehr nahegeht und die uns immer auch aufrufen, in dieser Sache tätig zu werden, weil es ihre eigene Partei anscheinend nicht für sie tut. Reden Sie mit Ihren Leuten, denen scheint das, oder einem großen Teil davon scheint es auch wirklich ein Anliegen zu sein und solange Sie so weiterverharren, wird die Rechnung nicht aufgehen und ich glaube, die Rechnung oder die werden Sie präsentiert bekommen, das wird nicht sehr lange auf sich warten lassen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Uns liegt der vorgetragene Antrag vor. Zwei Bemerkungen: Erstens, das Ziel des politischen Handelns der ÖVP war nie eine isolierte Maßnahme Bettelverbot, sondern war immer ein Maßnahmenbündel. Es ist richtig, es gab am 21.9.2006 diese eine Maßnahme von uns vorgeschlagen, die nicht mehrheitsfähig war, es gab aber bereits, ebenfalls zitiert, am 10. April 2008 einen in etwa gleich lautenden Antrag vom BZÖ, der deutlich keine Mehrheit in diesem Hause gefunden hat. Wir haben auch in unserem, und das ist die zweite Bemerkung und die abschließende, in unserem Koalitionsabkommen das Maßnahmenbündel, zu dem wir uns vereinbart haben, festgehalten, es sieht verschiedene Maßnahmen hier und vor allem auch vor Ort in dem Heimatland, das ist in dem Fall im Wesentlichen ein Ort aus der Ostslowakei, wo diese Bettler in der Summe herkommen, es sieht Maßnahmen hier und dort vor. Und ich darf zum Beispiel auch berichten, dass erst kürzlich eine Delegation, der der frühere Stadtrat Strobl, der Herr Dipl.-Ing. Heiner Herzog, früherer Bildungsreferent der Landwirtschaftskammer, der Herr Michael Bachler von der Vinzi-Gemeinschaft und Frau Agnes Truger vom Welthaus angehört haben, in Brüssel weilte und mit dem EU-Beauftragten für die Roma, mittlerweile verfügt die EU über so eine Person, Projekte besprochen haben. Es ist richtig, es ist nicht einfach, in den Heimatstaaten

EU-Projekte umzusetzen, aber wir leihen ihnen unseren Arm. Es sind gezielte Maßnahmen im Gange und eine Bemerkung noch zu dem, was du, Gerald Grosz, gesagt hast. Wenn es so ist, dass der Verdacht besteht, dass in den letzten Wochen sich die Vorgänge zugetragen haben, dann wird in Kürze die Gewissheit sein, und wir sind in ständigem Kontakt mit der Polizei und wir werden selbstverständlich alle in unserem Bereich entsprechend auch dann reagieren, wenn sich Verdachtsmomente erhärten. Bisher ist das nicht der Fall, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Wir stimmen dem Antrag nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie sind ja der Vorsitzende des Gemeinderates und haben das Hausrecht und auch die Verpflichtung, ich darf Sie auf den § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates aufmerksam machen und zwar heißt es dort im Punkt 6, Mitglieder des Gemeinderates sind verpflichtet, zu den Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse, denen sie angehören, rechtzeitig zu erscheinen und bis zum Schluss anwesend zu sein. Ist ein Mitglied verhindert, so hat er dies dem Vorsitzenden des Gemeinderates, also Ihnen, oder des Ausschusses unter Angabe des Grundes rechtzeitig bekanntzugeben. Ich darf Sie bitten, die grüne Fraktion ist nicht anwesend, damit ist das eindeutig ein...

*Zwischenrufe unverständlich.*

Mag. **Korschelt**: Es mag sein, dass das Ihr Rechtsverständnis ist, Herr Kollege Rajakovics,...

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden dafür sorgen, wir werden die grüne Fraktion auch wieder ersuchen, an der Sitzung teilzunehmen. Wir sind im Moment beschlussfähig, solange wir beschlussfähig sind, kann diese Gemeinderatssitzung fortgeführt werden.

Mag. **Korschelt**: Die Mitglieder sind verpflichtet, zu den Sitzungen des Gemeinderates und Ausschüssen, denen sie angehören, rechtzeitig zu erscheinen und in diesem bis zum Schluss anwesend zu sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht den Absatz 5 verlesen: „Gemeinderatsmitglieder, die ihre Pflichten vernachlässigen, werden vom Bürgermeister schriftlich daran erinnert. Einem Mitglied, das eine ihm durch die Absatz 2 und 4 auferlegten Verpflichtung verletzt, obwohl es vom Bürgermeister bereits einmal schriftlich an seine Pflichten erinnert wurde, kann der Gemeinderat über Antrag des Bürgermeisters für die Dauer von einem bis zu drei Monaten die Pauschalauslagenentschädigung entziehen, falls das Mitglied nicht glaubhaft macht, dass es durch ein unvorhergesehenes und unabwendbares Ereignis an der Erfüllung der Verpflichtung verhindert war.“ Das ist also ein Instrumentarium, aber ich wünsche mir natürlich auch die Anwesenheit, um das einmal ganz klar und deutlich zu sagen, aller Mandatrinnen und Mandatäre, es gibt allerdings auch eine Gepflogenheit, dass die eine oder andere Fraktion auch einmal aus einem Parlament, in dem Fall aus dem Gemeindeparlament auszieht, das dürfte heute hier passiert sein, wie gesagt, ich rufe noch einmal die Mitglieder der grünen Fraktion auf, auch in den Gemeinderatssaal zu kommen, aber deswegen muss ich die Sitzung heute nicht unterbrechen. Ich kenne durchaus im Parlament Parteien, die schon ausgezogen sind.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Grund- und Werthaltung der sozialdemokratischen Fraktion ist über die Jahre bekannt. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt die Ablehnung erteilen. Ich erinnere an das Wort von Max Frisch, das er vor 40 Jahren geprägt hat: „Wir holten Gastarbeiter und es kamen Menschen“, und dasselbe gilt für jene, die auf unseren Straßen betteln und es sind Menschen, die wir nicht bekämpfen wollen. Wir bekämpfen die Armut, aber nicht die Armen. In diesem Sinne Ablehnung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren! ...

(*GR. Baumann betritt als erster den Gemeinderatssaal*)

GR. **Grosz:** Da muss ich aber aufpassen und halte lieber meinen Mund. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme zum Schlusswort. Kollege Klubobmann Piffli-Percevic, es ist eigentlich schauerlich und es treibt mir irgendwie auch das Mitleid an mein Herz, wenn ich sehe, wie du dich hier am Pult quälst, erklärst, verklärst (*Applaus FPÖ und BZÖ*), um in irgendeiner Form diesen Gartenschlauch, nicht einmal mehr Politik, sondern diesen Gartenschlauch, diese Schlangenlinie zu diesem Thema noch irgendwem zu erklären. Die Menschen draußen vor diesen Mauern glauben es ohnedies nicht mehr und sie werden es auch nicht mehr glauben. Aber um die Widersprüchlichkeiten auch noch einmal kurz aufzuzeigen, du sagtest, die ÖVP hat immer ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Jetzt zitiere ich den 21.9.2006 und mache das kurze Spiel „Rat doch mal“, dringlicher Antrag der ÖVP, die Stadt Graz tritt an den Landesgesetzgeber heran,...

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: *Du hast meine Worte nicht nachgelesen, die ich das letzte Mal gesagt habe.***

GR. **Grosz:** ...Landessicherheitsgesetz nach Tiroler und Salzburger Wortlaut zu ändern, wer an einem öffentlichen Ort bettelt, 360 Euro, bei Vorliegen von erschwerenden Umständen kann der Verfall des Geldes bla, bla, Ende. Von Rahmenbedingungen keine Spur, ist ein Antrag im Übrigen von dir. Jetzt weiß ich schon, dass drei Jahre eine Zeit sind, wo man viel vergessen kann, auch ein berühmter, Gott habe ihn selig, Kurt Waldheim, war auch vergesslich: Ich habe vergessen, dass ich auf einem Pferd geritten bin. Aber innerhalb von drei Jahren zu vergessen, dass man eine Grundlinie hatte und auch eine Grundhaltung, dass man selbstverständlich die Armut bekämpft, indem man sozial Schwachen hilft, aber es nicht zulässt, dass Betrüger und Gauner an der Mitmenschlichkeit partizipieren können, das ist sicher nicht die Grundhaltung der Österreichischen Volkspartei, weder gewesen, noch ist sie es, noch wird sie es in Zukunft sein. Und daher kannst du hier stundenlang reden, du wirst keine Erklärung dazu finden, warum ihr einmal mehr dagegen stimmt. Weil dieser Antrag eine richtige Antwort auf die Probleme ist, weil er die Probleme löst, indem wir auch Zeit geben, eine gute Regelung zu finden, auch mit Begleitmaßnahmen und weil ich auch der Meinung bin, dass ihr ja durchaus hin und wieder das eine oder andere Mal euch bei jenen Wählern bedanken sollt, die euch am 20. Jänner das Vertrauen geschenkt haben. Nur einmal hin und wieder in fünf Jahren auch das zu machen, was man vor der Wahl versprochen hat. Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat Grosz, es sind jetzt Worte gefallen, die es mir nicht erlauben zu schweigen. Eine Österreichische Volkspartei und auch eine Grazer Volkspartei lässt nicht Betrüger und Gauner an der Gesellschaft partizipieren. Darin unterscheiden wir uns in erster Linie und das ist mir ganz, ganz wichtig. Ich persönlich sehe es auch für die betroffenen Menschen, denen es nicht gut geht, als den falschen Weg, hier zu betteln, weil sie in der Zwischenzeit Bildungschancen nicht

wahrnehmen können und, und, und, und vor Ort auch gebraucht werden und nur dort eine Heimat finden, eine Familie dort haben. Aber eines tue ich nicht und das ist das, was du hier machst, du kriminalisierst sie und zwar pauschal über jeden. Es mag sein, dass der eine oder andere vielleicht..., aber das hier pauschal den Menschen quasi vorzuwerfen, das ist unmenschlich und da möchte ich nicht dabei sein  
(Applaus ÖVP).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***